

# Sozialdemokrat

Zentralorgan der Deutschen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei  
in der tschechoslowakischen Republik.

Bezugsbedingungen:

Bei Zustellung ins Haus oder  
bei Bezug durch die Post:  
monatlich . . . . . Ks 16.—  
vierteljährlich . . . . . 48.—  
halbjährlich . . . . . 96.—  
jährlich . . . . . 192.—

Zustellung von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken.

Erscheint mit Ausnahme des Montag täglich 11 Bl.

3. Jahrgang.

Freitag, 30. November 1923.

№r. 280.

## Alles für die Agrarier!

Welche Zoll- und Handelspolitik müsste der tschechoslowakische Staat betreiben, wenn sie seiner wirtschaftlichen Struktur und den Interessen des Großteils seiner Bevölkerung sich anpassen soll? Das ist die große Frage, die tief einschneidet in das Lebensinteresse der arbeitenden Massen, von deren Verantwortung aber auch die Gestaltung der wirtschaftlichen Zukunft des Staates und der Industrie abhängt. Niemand wird behaupten können, daß bisher diese Frage in einem die Massen, die Industrie und die staatliche Wirtschaft in erster Linie berücksichtigenden Sinne zu lösen versucht wurde. Das lehrt allein schon die Betrachtung der wirtschaftlichen Verhältnisse, deren krisenhafter Zustand weit über das Maß der durch die Weltwirtschaftskrise bedingten Stagnation hinausreicht.

Man muß sich immer wieder klar machen: in der tschechoslowakischen Republik befinden sich nahezu 80 Prozent der gesamten ehemaligen österreichischen Industrie, deren Exportgebiet früher nicht nur der ganze österreichisch-ungarische Staat war, sondern auch dessen Grenzländer, vor allem der Balkan. Die tschechoslowakei ist daher, da sie noch lange nicht die Hälfte der Zahl der Bewohner Österreichs und nicht einmal ein Viertel der Bewohner der ehemaligen österreichisch-ungarischen Monarchie umfaßt, dagegen 80 Prozent der Industrie des alten Österreich einschließt, noch weit berechtigter, als Industriestaat bezeichnet zu werden, wie der alte Staat. Wenn es nun, was tausendfache Erfahrung lehrt, schon für den früheren österreichischen Staat, für sein Gedeihen, für seine Wirtschaftsinteressen und seine arbeitende Bevölkerung verderblich und verhängnisvoll war, seine Interessen den Profitinteressen der Agrarier unterzuordnen, so gilt dies noch weit mehr von der tschechoslowakischen Republik. Während des Krieges, als Not und Leid die Bevölkerung zwang, über die Ursachen nachzudenken, welche die Katastrophe des Krieges zeitigt hatten, da war die bittere Wahrheit nachgerade zum Gemeinplatz geworden, daß die unmittelbare Ursache zum Kriege die zugunsten der ungarischen und österreichischen Grundbesitzer betriebene Abschürungspolitik gegenüber der Vieheinfuhr aus Serbien war. Damit den einheimischen Agrariern das Monopol der Bewässerung der Bevölkerung gesichert bleibe, wurde die Einfuhr von Vieh und Fleisch aus Serbien nahezu unmöglich gemacht, dieses schwer getroffen, aber gleichzeitig zum geschworenen Feinde Österreichs gemacht. Es ist erstaunlich, wie rasch die Bevölkerung diese bittere Lehre und Erkenntnis vergessen hat und wie blind und gleichgültig sie sich gegenüber der Tatsache verhält, daß die Wirtschaftspolitik der Tschechoslowakei den gleichen Weg ihrer österreichischen Vorgängerin wandelt, daß sie, nicht minder wie diese, sich wieder völlig im Schlepptau der Agrarier befindet.

Die Agrarier rufen seit langem nach Getreidezöllen. Die Einführung dieser Zölle würde nicht nur eine Verteuerung des Mehles und Brotes bewirken, sondern auch unmittelbar eine Erhöhung der Preise für alle Lebensmittel. Die Ausführung dieses Planes würde in der Bevölkerung eine starke Empörung und Gegenbewegung wecken. Sogar der Bestand der Koalition könnte dabei in Frage gestellt werden. Das erkennen auch die Agrarier, die nicht gern ihre heutige Stellung in der Koalition verlieren möchten, die sie den agrarischen Interessen unter Herrn Svehla's Führung so ausgezeichnet dienstbar zu machen wissen. Aber wozu Getreidezölle, wenn sich derselbe Effekt: die Erzielung größeren Gewinnes, auch auf anderem, auf kälterem Wege erzielen läßt! Wozu besitzt die Regierung die Verordnungsgewalt? Diese Verordnungsgewalt, geschickt angewendet, ersetzt alle Gesetze, welche die Regierung des Herrn Svehla braucht. Die Vorlage eines Gesetzes zur Schaffung von Getreidezöllen würde im Parlament ernste Kämpfe entfesseln, die sich bis in die Koalition fortpflanzen könnten. Sol-

## Dr. Marx — Reichskanzler.

Eine Koalitionsregierung der bürgerlichen Mitte.

Berlin, 29. November. (Wolff.) Abg. Stegerwald hat dem Reichspräsidenten mitgeteilt, daß er den Auftrag zur Kabinettsbildung nicht übernehmen könne. Es sei zweckmäßig, mit der Kabinettsbildung einen Mann zu betrauen, der innerpolitisch weniger umstritten sei als er. Der Reichspräsident hat sodann den Reichstagsabgeordneten Senatspräsidenten Marx mit der Kabinettsbildung beauftragt. Abg. Marx (Zentrum) hofft dem Reichspräsidenten noch im Laufe des heutigen Tages seinen Vorschlag zur Bildung einer Regierung, die sich auf die Mittelparteien des Reichstages stützt, unterbreiten zu können.

\* \* \*

Berlin, 29. November. (Eigenbericht.) Auch der Bürgerblock ist nicht zustande gekommen und Stegerwald war deshalb gezwungen, den Auftrag zur Bildung eines Kabinetts dem Reichspräsidenten wieder zurückzugeben. Das ultimative Verlangen der Deutschen Nationalen, wonach auch in Preußen die große Koalition besetzt und ein Rechtskabinett hergestellt werden sollte, hatte deutlich gezeigt, daß es ihnen an der Beteiligung an einer Reichsregierung nicht um die Rettung Deutschlands vor dem drohenden Untergang, sondern um die Wiedererlangung der Vorherrschaft in Preußen anlag. Das hatte selbst die Demokraten und das Zentrum stutzig gemacht und sie lehnten die Forderung der preussischen Regierung ab. Es bleibt nunmehr noch der Versuch der Bildung einer Regierung der Arbeitsgemeinschaft, also aus Volkspartei, Zentrum und Demokraten, oder die Auflösung des Reichstags und die Anschreibung von Neuwahlen übrig. Die Arbeitsgemeinschaft will den ersten Weg wählen und ein Kabinett bilden, dessen Leitung der Zentrumsführer Marx übernehmen soll. Man hofft, bei den bürgerlichen Mittelparteien, daß die Sozialdemokraten diesem neuen Kabinett gegenüber Neutralität üben werden, be-

sonders wenn sie einige Zugeständnisse in der Richtung ihrer Forderungen erhalten. Ueber die Stellung der Sozialdemokratie zu dieser Kombination wird erst die Reichstagsfraktion unserer Partei entscheiden. Das Eine aber kann schon jetzt gesagt werden, daß die Sozialdemokratie eine Politik mit wechselnden Meinungen, die bald auf die Parteien von rechts, bald auf die Parteien von links sich stützen will, nicht mitmachen werde. Ueber die Bemühungen zur Bildung des Kabinetts Marx ist noch zu berichten: Justizrat Marx ist ein alter Parlamentarier, der sich wegen seiner Sachlichkeit auch bei den Parteien der Linken allgemeiner Sympathie erfreut. Er will ein Regierungsprogramm aufstellen, das auch die Sozialdemokraten zufriedenstellen soll. Doktor Stresemann wird voraussichtlich Außenminister, Innenminister der nach links orientierte Barthoff, die bisherigen Minister der Post, des Verkehrswezens und der Arbeitsminister dürften bleiben. Reichswehrminister Dr. Gessler scheidet wahrscheinlich, Ernährungsminister Dr. Luther jedoch bestimmt aus. Der Vorsitzende der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, Genosse Müller, wurde für heute abend vom Abg. Marx zu einer Besprechung eingeladen.

\* \* \*

## Stresemann — Außenminister.

Berlin, 29. November. (Eigenbericht.) Der designierte Kanzler Dr. Marx hat die Verhandlungen mit den in Aussicht genommenen Regierungsgliedern um 11 Uhr nachts abgebrochen und wird sie morgen fortsetzen. Wie aus parlamentarischen Kreisen mitgeteilt wird, ist es sicher, daß Dr. Stresemann das Außenministerium übernimmt, und daß die beiden Zentrumsmänner Brauns und Pöhlke ihre Ressorts behalten. Aus seinen bisherigen Verhandlungen läßt sich erkennen, daß Abg. Marx sich bemüht, die Rechtsparteien nicht ganz abzustoßen.

## Rechts- und Linksputzpläne.

Berlin, 29. November. Der preussische Landtag beschäftigte sich heute mit dem Bericht über den Antrag der Kommunisten auf Haftentlassung des kommunistischen Abgeordneten Wolffstein. Der Berichterstatter verlangte im Namen des Ausschusses die Haftentlassung. Der Kommunist Meyer (Ostpreußen) nahm gegen die gezeigten Ausführungen des Ministers des Innern Sebering über die Verhaftung des Abgeordneten Wolffstein Stellung und erklärte, daß die Tatsachen anders lauten. Weiters erklärte Meyer, daß die Kommunisten sich nicht auf dem Boden der schon längst durchgeführten Verfassung stellen könnten. In der letzten Woche sei schon die Verhaftung Seberings durch das Reichswehrministerium beschlossen gewesen. (Hört! Hört!) Sebering werde sich auch durch sein schroffes Vorgehen gegen die Kommunisten nicht retten können. Der Antrag auf Haftentlassung wurde schließlich gegen die Stimmen der Deutschnationalen und der deutschen Volkspartei angenommen.

## Der Schrecken der Arbeitslosigkeit.

Gegen dreieinhalb Millionen Arbeitslose in Deutschland.

Berlin, 29. November. (Wolff.) Im unbesetzten deutschen Gebiet hat die Zahl der unterstützten Gewerkslosen am 15. November 1.250.000 betragen gegenüber 943.000 am 1. November. Die Zahl der unterstützten Kurzarbeiter betrug 1.772.000 gegenüber 1.703.000. Die Zahl der Arbeitslosen in den besetzten Gebieten wird unverändert auf mehr als zwei Millionen geschätzt.

## Die Alliierten unter sich.

Der drohende Konflikt in der Reparationskommission.

Paris, 29. November. „Echo de Paris“ beschäftigt sich heute wiederum mit der bevorstehenden Debatte in der Reparationskommission. Es heißt in dem Artikel, da der Konflikt sicher sei, wäre es zweifellos das Beste, die Kontrakte zu vertragen, um dem französischen Delegierten Barthou und dem englischen Delegierten Bradburn zu gestatten, wenigstens eine Abwartungsformel zu finden. Zahlreiche Gründe könnten zugunsten einer Verzögerung angeführt werden: zuerst die englischen Wahlen, niemand könne im Voraus das Programm und den künftigen Premierminister. Auch in Deutschland herrsche Unsicherheit. Endlich gebe es zwei Fragen, die noch nicht vollkommen geklärt seien, in erster Linie die Frage der abgeschlossenen Verträge im Ruhrgebiete. In zweiter Linie wisse

den Emotionen weicht Herr Svehla lieber aus. Und so erschien im August im Mitteilungsblatt des Handelsministeriums eine kleine Notiz, die, so unscheinbar sie aussah, den von Svehla vertretenen Agrariern so ziemlich alles das brachte, was ihnen die Erhöhung der Getreidezölle hätte bringen können. In dieser Notiz, die eine Verfügungsverordnung beinhaltete, wird „vorübergehend“ das Anmeldeverfahren bei der Einfuhr von Getreide und Mehl in ein Bewilligungsverfahren umgeändert. Geschwindigkeit ist keine Sereze! Ehe man es gewahr wird, hat der Zaubermeister Svehla mit ein paar Federstrichen seinen agrarischen Gesinnungs- und Klaffengenossen alles zugeschanzt, was sie auf dem umständlichen Wege der Getreidezölle bisher vergeblich zu erreichen suchten. Die Verordnung, welche am 3. August in Kraft trat, besagt: für die Einfuhr von Getreide und Mehl genügt es nicht mehr, wie bisher, dem Handelsministerium hiervon die Anmeldung zu machen, sondern es muß das Ministerium dazu die Erlaubnis erteilen. Dadurch wird den Agrariern das Monopol des inländischen Marktes gesichert und sie können dadurch um so leichter die Preise diktieren, als die heimische Produktion nicht ausreicht, den Bedarf der Bevölkerung an Mehl und Getreidefrüchten zu decken und die Agrarier nicht mehr fürchten müssen, daß die Weltmarktpreise für Getreide regulierend auf die von ihnen herausgetriebenen Preise wirken. Die Regierung verstand es denn auch, die genannte Verordnung dem agrarischen Interessen bald dienstbar zu machen. Kurze Zeit

nach Herausgabe dieser Verordnung erschien in den Tagesblättern die Meldung, daß auf Grund einer — amtlich nicht publizierten! — „politischen Vereinbarung“ bis auf weiteres in jedem Monat nur für eine bestimmte konzentrierte Getreidemenge die Einfuhrbewilligung erteilt werden wird. Für die Monate November und Dezember wurde schon im Vorhinein dieses Kontingent mit monatlich 1500 Waggons festgesetzt! Das ist das eine Mittel zur Hinaufreibung der Getreide- und anderen Lebensmittelpreise, das zweite besteht darin, daß die Agrarier durch Zurückbehaltung ihrer Vorräte künstlich einen Mangel an Getreidefrüchten auf dem Markte herbeiführen. Tatsächlich zeigt es sich, daß seit Herausgabe der Verordnung die Getreidepreise um etwa 16 Prozent gestiegen sind, und daß damit zugleich eine Verteuerung der übrigen Lebensmittel, aber auch jene vieler Industrieprodukte einhergeht!

Alles für die Agrarier! Diese Parole der Regierung Svehla bedeutet für die arbeitende Bevölkerung eine weitere Einschränkung ihrer Lebenshaltung, bedeutet vermehrten Hunger und Steigerung des Elends. Es war die Regierung, welche unter dem Schlagworte, es müßte die Produktion der Industrie gehoben und eine Verbilligung der Warenpreise durchgeführt werden, das Signal zum Abbau der Löhne und Gehalte der Arbeiter und Angestellten gab. Die Staatsbediensteten mußten sich eine Reduzierung ihrer Bezüge gefallen lassen, wofür ihnen eine Verbilligung aller Bedarfs-

artikel in Aussicht gestellt wurde, die dann sicher eintreten werde. Dem Beispiel der Regierung folgend brüchen die Unternehmer unter Ausnutzung der Krise die Löhne der Arbeiter herab und immer wieder wurde versichert, es müsse, um den notwendigen Preisabbau herbeizuführen, bei den Löhnen und Gehalten angefangen werden. Den Unternehmern fiel es aber nicht ein, die Warenpreise entsprechend der Verabstärkung der Arbeiter- und Angestelltenbezüge zu ermäßigen. Und jetzt erhebt auch noch die agrarisch eingestellte Regierung durch ihre Förderung der Wünsche der Agrarier auf eine neue Preissteigerung hin. Aber nicht nur eine neue Teuerungswelle steht bevor, es droht auch der Industrie, die der wertvollste wirtschaftliche Besitz des Staates ist, die Gefahr, weitere Absatzmärkte einzubüßen. In Jugoslawien haben wichtige wirtschaftliche Korporationen gegen den agrarischen Kurs der tschechoslowakischen Regierung scharfste Stellung genommen, und sie drohen, daß wenn die Tschechoslowakei sich der Einfuhr der landwirtschaftlichen Erzeugnisse Jugoslawiens widersetzen sollte, vor den Industrieprodukten der Tschechoslowakei die Türe zu verschließen.

Bis aufs Haar genau ist, wie man sieht, die tschechoslowakische und altösterreichische Wirtschafts- und Handelspolitik ähnlich. Was Herr Svehla und die Seinen treiben, bedeutet für den Staat eine Politik des Selbstmordes. Für das arbeitende Volk die Ausplünderung und Ausplünderung. Es ist höchste Zeit, daß diese Gefahr erkannt und diesem Treiben ein Ende gesetzt wird!

ma. noch nicht, welche Stellung das neue deutsche Ministerium einnehmen werde. Wenn es Augen für die wirkliche Lage der Dinge habe und sich davon überzeuge, daß es außerhalb einer Verständigung mit Frankreich, die zu einer Verständigung mit den Alliierten führe, kein Heilmittel für das Deutsche Reich geben werde, dann könnten ja Verhandlungen zwischen Berlin und Paris aufgenommen werden, deren Ergebnis sein könnte, die verschiedenen Dusseldorfer Abmachungen zu bestätigen. Damit würde es der französischen Politik ermöglicht, den Deutschen Völkern den ersten Vertrauenskredit zu gewähren.

**Separatistische Regierungstrife.**

Düsseldorf, 28. November. (Savas.) Der Chef der provisorischen Regierung der rheinischen Republik **Matthes** hat dem alliierten Oberkommissar **Tixard** bekanntgegeben, daß er sein Kabinett infolge des unentschiedenen Verhaltens der Minister, angeführt des gestern von der Oberverwaltung der Rheinarmee versuchten militärischen Staatsstreiches aufgelöst hat. Das Kabinett habe unlängst erst die Auflösung dieser Armee beschlossen. Es verläutet, daß das rheinische Militär das Regierungsgebäude in Koblenz besetzt hält.

**Die Botschafterkonferenz zum Leipziger Zwischenfall.**

Paris, 29. November. (Savas.) Die Botschafterkonferenz ist heute vormittag unter dem Vorsitz von **Jules Cambon** zusammengetreten. Eine amtliche Mitteilung ist nicht ausgegeben worden. Die Konferenz hat sich mit den Leipziger Zwischenfällen beschäftigt, bei denen ein belgischer Offizier und ein französischer Unteroffizier von der internationalen Kontrollkommission durch Reichswehr festgenommen wurde. Die Konferenz wird die Prüfung der Angelegenheit im Laufe einer demnächst abzuhaltenden Sitzung fortsetzen.

**Wahlfeber in England.**

London, 28. November. (A. K.) In der letzten Woche vor dem Wahltag ist in allen Wahlbezirken ganz Großbritanniens eine große politische Tätigkeit zu beobachten. Die von den Kandidaten und anderen Personen einberufenen Versammlungen sind stark besucht und aus dem zutage tretenden Interesse kann man auf eine sehr starke Teilnahme bei den Wahlen schließen. Nach dem im Herbst aufgestellten Wahlverzeichnis sind in England und Wales ungefähr 10,500,000 Wahlberechtigte. Noch bei keinen Wahlen hat es soviel Mandate gegeben, um welche sich gleichzeitig drei Kandidaten bewerben, wie diesmal. In 163 Wahlbezirken wurden gleichzeitig Arbeiterkandidaten, Konservativen und Liberale aufgestellt. Um 126 Mandate wird hauptsächlich zwischen den Konservativen und den Liberalen ein zäher Kampf geführt werden. In 103 Wahlbezirken wird der Wahlkampf zwischen den Arbeiterkandidaten und den Konservativen und in 53 Fällen zwischen den Arbeiterkandidaten und Liberalen entscheiden.

**Von Lumpen und anderen Horthykisten.**

Budapest, 29. November. (Eigenbericht.) In der heutigen Sitzung des ungarischen Nationalrates machte der oppositionelle Abgeordnete **Rassay** auffordernde Entwürfe über den Chef der politischen Polizei **Andrejka**. **Rassay** führte aus, daß in Angelegenheit der Bombenverfer-Brüder **Kovács** **Andrejka** für deren Freilassung intervenierte. **Rassay** brachte einen Bericht **Andrejka**s zur Verlesung, in dem die Verdienste der beiden **Kovács** um die ungarische Irredenta im Auslande hervorgehoben werden und erklärt wird, daß die **Kovács** eminent wertvolle ungarische Menschen seien. Die alle auf ungarische Arbeiterverbände des Doppelkreuzes übergeben.

**Die Sache Matropolis.**

Komödie von Karl Capel.

Diese sogenannte Komödie hat drei ganz verschiedene Akte. Der erste ist im allgemeinen heiter, der zweite beinahe grotesk und der dritte tot. Und gerade in diesem letzten Akte geht es erst um die Sache **Matropolis**. Was vorher geschieht, ist ein Gemisch von schon Dagewesenem und durchsichtigem Mythen. Zwei Menschen setzen den Kampf ihrer Generationen um eine Milliardenvermehrung fort. Der Prozeß steht in der letzten Phase. **Albert Gregor**, der scheinbar rechtmäßige Erbe, verliert. Da erscheint die Retterin in der Not, die verhäumte Sängerin **Emilie Marty**, die von dem Testament des Ahnherrn und auch sonst von vielen anderen geheimnisvollen Dingen weiß, und droht auf diese Weise dem glücklichen Gewinner des Riesenvermögens, **Joroslav Prus**, das Geld zugunsten **Gregors** zu entreißen. Sie erscheint als die Flamme der Zeit, an der alle Männer des Stückes, die sich ihr nähern, verbrennen, um endlich zur Erkenntnis zu kommen, daß sie nur leuchtet, aber furchtbar kaltes Licht ist. Zu dieser Erkenntnis darf sie erst der dritte Akt führen, wo das Scheitern ihrer Existenz enthüllt wird. Sie weiß alles, weil sie, über 300 Jahre alt, Ahnherrin **Gregors** selbst ist. Ihr Vater, der Grieche **Matropolis**, zur Zeit **Nikolaus II.** lebend, hat das Mittel erfunden, welches den Menschen die Möglichkeit gibt, über 300 Jahre alt zu werden, und hat es am eigenen

**Ein lateinischer Bloß.**

Paris, 29. November. (Savas.) Einer Meldung des „Le Matin“ aus Madrid zufolge, könnten die italienisch-spanischen diplomatischen Verhandlungen, welche die Schaffung eines lateinischen Blockes betrafen, dazu führen, daß Spanien, Italien und ein Teil Südamerikas den Völkerbund verlassen würden.

**Wieder ein Studentenraub in Wien.**

Wien, 29. November. (Eigenbericht.) Heute vormittags fanden an der Universität neuerdings große Krawalle statt. Die Universität blieb geschlossen, da die Deutschnationalen ein Plakat angeschlagen hatten, in dem sie erklärten, daß allen Studierenden, auch den Sozialdemokraten, der Besuch der Universität gestattet (!) sei, den Juden jedoch empfohlen werde, die Hochschule zu meiden.

**Die Wirtschaftsgruppe im Staatsvoranschlag**

Eine Dauer Sitzung des Abgeordnetenhauses von 10 Uhr vormittags bis 1 Uhr nachts.

Prag, 29. November. Die Budgetdebatte im Abgeordnetenhause nähert sich ihrem Ende und man kann sagen, daß das Interesse an der gegenwärtig in Verhandlung stehenden Wirtschaftsgruppe ein größeres ist, als an allen vorhergegangenen Kapiteln. Wenigstens wuchs die Rednerliste in erfreulichem Maße; sie hatte anfänglich die Zahl 70 bereits überschritten. Trotz der hohen Zahl der Redner vermehrte sich aber nicht die Zahl ihrer Zuhörer. Der Umstand mag wohl dazu beigetragen haben, daß sich am Nachmittage zahlreiche Koalitionsabgeordnete aus der Rednerliste streichen ließen, so daß man glaubt, daß die Sitzung um Mitternacht beendet sein werde. In der morgigen Sitzung wird der Generalredner **Srdinko** resumieren, worauf die Abstimmung, die etwa vier Stunden in Anspruch nehmen dürfte, erfolgen wird.

Zu Beginn der Sitzung sprach der tschechische Gewerdeparteiler **Palkvíl**, der unter anderem erklärte, das Ernährungsministerium mache der Nation und der Republik Schande, wofür er vom Präsidenten **Tomasek** einen Ordnungsruf erhielt. Der Redner erwähnt dann einige ungünstige Häuserläufe von Seiten des Staates.

**Witsch:** „Es ist um Provisionsen gegangen! Der Herr Minister möge uns das aufklären.“

Nach **Petrovichy** (tsch. Nationaldem.) spricht **Dr. Redinger** (parteilos) über die Zustände im Bodenamte. Er sagt u. a.: Der im Bodenamte eingesetzte Verwaltungsausschuß soll ein Verbindungsglied zwischen dem Bodenamte und dem Parlament sein, er soll also das Kontrollorgan des Parlamentes bilden, als welchen wir ihn aber nicht auffassen können, zumal diesem Ausschusse kein Minderheitsvertreter angehört, der Ausschuss von der Revolutions-Nationalversammlung eingesetzt und bisher nicht erneuert wurde. Die Budgetierung ist derart verschleiert, daß niemand aus ihr klug werden kann und doch handelt es sich beim Bodenamte um Milliardenbeträge. Daß dieser Zustand vom Parlament geduldet wird, läßt sich nicht gut begreifen.

Es sprechen **Langer** (tsch. Nat.-Soz.), **Schälzky** (d. Chr.-Soz.), **Sedláček** (tsch. Al.), **Ančera** (Komm.), **Taherle** (tsch. Soz.-Dem.). Zum Kapitel Ministerium für

**Post und Telegraphen**

sprach **Genosse Schuster**. Er sagte u. a.: Unsere Posttarife sind viel zu hoch und stehen im schweren Widerspruche zu der von der Regierung der Bevölkerung gepredigten Destinationspolitik. Vor allem ist das Brief- und Paketporto, das Porto für Drucksachen fast dreimal höher als in anderen Staaten. Ebenso verhält es sich mit dem Telegrammspreisen. Aus der versprochenen Herabsetzung

Die Salenkreuzler zogen zum Anatomischen Institut, wo sie einzudringen versuchten, um den letzten Ueberfall auf Professor **Genossen Lande** zu wiederholen. Als der Bebell den Studenten die Legitimation abforderte, zeigte es sich, daß sich unter allen Studenten kein einziger Mediziner befand. Die Wache verhinderte das Eindringen der Studenten ins Institut. Die Salenkreuzler wandten sich zurück zur Universität, wo sie mit den dort versammelten sozialdemokratischen Studenten in ein Handgemenge gerieten. Die Polizei schritt ein und trennte die Streittheile. Die sozialistischen Studenten begaben sich hierauf ins Parlament zum sozialistischen Abgeordnetenklub, der in einer sofort abgehaltenen Sitzung beschloß, im Nationalrat einen Gesetzentwurf einzubringen, der eine Hochschulkammer vorsehe, die auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes sämtlicher Studierenden gebildet würde.

der Tarife ist bisher deshalb nichts geworden, weil der derzeitige schon durch Sparmaßnahmen gedrosselte Aufwand dies angeblich nicht verträgt. Nach den Mitteilungen des Herrn Ministers würde eine Verbilligung des gewöhnlichen Briefportos um nur 20 Heller schon einen Ausfall von 78,000,000 Kronen bedeuten und dies allein brächte schon den Haushaltungsplan des Postministeriums ins Wanken. Ein Kapitel für sich sind die Expressbriefe. Abgesehen von den vielen Beschwerden hinsichtlich der Beförderung muß gesagt werden, daß die Post, die mit diesen Briefen keine weiteren Beschwerden, wie die außerordentlichen Zustellungen hat, sich dafür eine Krone bezahlen läßt und an Aufwendung hierfür dem bestellenden Briefträger oder Postdiener fünf Heller gebührt. Da diese Zustellungen innerhalb der sonstigen dienstlichen Verpflichtungen der Bediensteten erfolgen, so verdient die Post an der Expressgebühr rein 95 Prozent.

Als Beweis dafür, daß man zu sparen gedenkt, hat man eine große Anzahl Postämter gesperrt. Dagegen muß auf das entschiedenste protestiert werden. Man hat in den ländlichen Gebieten auch eine große Anzahl Steuerämter aufgeschlossen. Aber auch unsere telephonischen Einrichtungen fordern zur schärfsten Kritik heraus. Der Ausbau des staatlichen Telephonnetzes läßt sehr viel zu wünschen übrig. Oft dauert es über Gebühr lange, bis sich das „Ami“ meldet. Die unrichtigen Verbindungen häufen sich und geben eine unerschöpfliche Quelle erregter Auseinandersetzungen. Infolge der langen Wartezeiten der Ferngespräche, häufen sich die dringlichen Gespräche, deren ebenso lange Wartezeiten zur Einrichtung der Blüßgespräche führte. Zu welchen Verzierungen das allzulange Warten auf telephonische Ferngespräche führt, soll an folgenden Zahlen illustriert werden.

In den letzten Jahren 1912-14 kamen auf 100 telephonische Gespräche 4 dringende. Bis zu Ende 1918 stieg diese Zahl auf 30, um im Jahre 1920 ihren Höchststand mit 120 zu erreichen.

Zeit diesem Zeitpunkte ist allerdings die Ziffer auf 90 zurückgegangen, womit aber keineswegs bewiesen wird, daß die telephonischen Verhältnisse bei der Post besser wurden, sondern der zahlenmäßige Rückgang ist auch hier, wie bei so vielen anderen Dingen, ein eskalanter Ausdruck der Wirtschaftskrise. Man hat allerdings bedeutende Mittel für den Bau von Radiostationen verwendet. Aber dieses moderne Verständigungsmittel dient heute fast reiflos Staatsbedürfnissen. Dem privaten Verkehr ist die Benützung dieser Einrichtung heute nicht gestattet, weshalb sie keine wie immer gearteten Ertragsnisse abwirft.

Daß sich auch im Betriebe der Post der Chauvinismus sehr kräftig auslebt, beweist am besten der Umstand, daß insbesondere

**In Prag Postsendungen mit deutschen Adressenbezeichnungen als unbestellbar retourniert**

werden, wenn ihnen nicht das Schicksal des Wegwerfens widerfährt. Westwärts wird dem Adressaten mitgeteilt, daß Sendungen mit deutschen Adressen nicht mehr zugestellt werden.

Schließlich muß auch bei diesem Kapitel auf das Verhalten gegen die deutschen Beamten und Bediensteten neuerlich hingewiesen werden. Erprobte und außerordentlich tüchtige Menschen werden von ihren Dienstplätzen entfernt und durch dienstlich zwar weniger tüchtige, aber dafür in der Staatsprache erprobtere Nachfolger ersetzt, oft genug an solchen Stellen, wo ihre Kenntnis oder Unkenntnis gar keine Rolle spielt. Die Prüfungskommissionen versuchen schon vorweg, die deutschen Postler von der Prüfung abzuhalten und wer dennoch dem Schicksal zu trocken wagt, wird bei der Prüfung kurzerhand als nicht entsprochen abgewiesen. Derartige hätte man in Oesterreich nie gewagt, diese nationale chauvinistische Unbuddsamkeit blieb der demokratischen Republik vorbehalten. Gegen die maßlosen Bedrückungen der deutschen Postbeamten und Bediensteten sei daher an dieser Stelle der schärfste Einspruch erhoben. (Beifall.)

Die tschechische Nationalsozialistin **Jemin** spricht gegen die Nacharbeit.

**Willingner** (B. d. Landw.) beschwert sich darüber, daß in diesem Staate statt umsichtiger Wirtschaftspolitik eine solche getrieben wird, die ausschließlich unter dem Druck des nationalen Chauvinismus und der Abhängigkeit von Frankreich steht. Man ist hier weit davon entfernt, zu erkennen, wo unser natürlichstes Absatzgebiet liegt. Darunter muß allerdings unsere gesamte Volkswirtschaft schwer leiden und namentlich die deutsche Landwirtschaft ist es, welche am argsten geschädigt wird.

Nach dem Nationaldemokraten **Beverka** verweist

**Kraus** (d. Nat.) darauf, daß von Jahr zu Jahr weniger für die Industrie und Gewerbeentwicklung im Budget eingesetzt werde, und verweist sich gegen den beherrschenden Ton in den Ausführungen des Abg. **Kostka**. Er erklärt, seine Partei werde noch Gelegenheit haben, sich mit Abg. **Kostka** auseinanderzusetzen.

**Büroaus Reinigungsaktion.**

Im weiteren Verlaufe der Debatte gelangt zum Wort **Genosse Grünzner**. Er sagt u. a.:

Das Kapitel „Eisenbahnverwaltung“ ist das Schmerzenskind des deutschen Volkes dieses Staates, besonders aber der Arbeiter und Angestellten deutscher Volkszugehörigkeit auf den Eisenbahnen. Schon nach dem Umsturz, bei Errichtung dieses Staates war es klar, daß das Hauptbestreben der Staatsbahnverwaltung dahin abzielte, die Bediensteten nichttschechischer Nationalität, insbesondere aber die deutschen, aus den Grenzgebieten zu entfernen und an ihre Stellen sogenannte verlässliche Bedienstete tschechischer Nationalität zu setzen.

So vor allem in Grubach-Schönan, Lundenburg, Znaim, Mähr.-Osterr., Oberberg, Bodenbach, Tepitz-Baldor, Klostergrab, Trautmanau und später auch, nach der Entscheidung über das Teschener Gebiet, aus Teschen, Karwin und Jablunkau. Die vielen tausenden von Enthebungen und Exportierungen aus dem Staatsgebiete auf Grund von denunziatorischen Angaben unverantwortlicher tschechischer Chauvinisten legen ebenfalls ein breites Zeugnis dafür ab. In den folgenden Jahren 1919, 1920 und 1921 setzte dann die Staatsbahnverwaltung mit sprachlichen Verfügen ein, um auf diese Weise den deutschen Bediensteten das Verbleiben im Eisenbahndienste zu erschweren und zu verbittern. Damit begnügte sich die Staatsbahnverwaltung noch bei weitem nicht. Um ihr Ziel, die deutschen Bediensteten zu dezimieren und überhaupt aus dem Eisenbahndienste vollständig zu entfernen, schien

nalismus der Modewarenfabrikanten, der dieses Stück überwuchert.

Es wäre nicht unbedingt nötig gewesen, auf dem deutschen Theater einem mit Drogenberzengungen sonst genug gefütterten Publikum als erstes tschechisches Stück gerade die Sache **Matropolis** vorzusetzen, wenn es auch schon sehr an der Zeit war, mit der Beschränkung eines Prinzips aufzuräumen, das aus sogenannten völkischen (?) Geistes (?) geboren wurde. Aber da schon so lange gezögert wurde, wäre es sicher vorteilhafter gewesen, wenn man erstens ein für die Kultur der Tschechen typischeres Stück gebracht und zweitens dieses aus eigenen Kräften vorgeführt hätte.

Damit soll die Leistung der Gäste nicht herabgesetzt werden. Immerhin kämpften Ingenieur und Darsteller mit der Zweifelt, welche als Urschaden des Stückes bezeichnet wurde. Schon in den Bühnenbildern ergab sich ein Schwanen zwischen gesunder Natürlichkeit und unbedolfsener, manchmal zu gewollt erscheinender Betonung des Unwirklichen. Die Unklarheit, in welche die Bühne unnötig getaucht wurde, übertrug sich auf das Erleben des Zuschauers. Ein Stück, mag es noch so symbolisch sein, muß und wird, wenn es von echter Symbolik erfüllt ist, mit seinem lebendigen Symbol lebendig wirken. Hier muß eine Ingenieurerei, wenn sie stark sein soll, eben über Schwächen hinweghelfen und darf sie nicht steigern, wie es geschehen ist. Das gilt auch für die Uebersetzungen im Spiele mancher Darsteller, wie sie sich bei den Herren **Ziegler**, **Kenne** und **Drexl** geltend machten. Offenbar verlei-

ten die Rollen zu dieser Uneinheit. Eine geschlossene Leistung bot Herr **Rosenhal** als **Gregor**, die beste unter den Gästen des Raimundtheaters Herr **Edhofer** als **Prus**.

Eine besondere Wertung beansprucht die Darstellung der **Emilie Marty** durch Frau **Konstantin**. Diese Schauspielerin spricht gerade in dem Stücke von der Kunst ungefähr in dem Sinne, daß für den Erfüller der Kunst sich Müdigkeit, Unbetheiligtsein einstelle. Für diejenigen, welchem speziell dieses Unbetheiligtsein am Erschaffen, dieses Ueber-der-Schwöpfung stehen ein leichtes Ziel schauspielerischer Darstellung bedeutet, muß Frau **Konstantin** als Ideal einer Künstlerin ihrer Art erscheinen. Sie beherrscht vollkommen Wort, Gebärde, sie beherrscht sich meisterhaft, ob sie jetzt tobt, hinschmilzt, eisalt auftragt oder zusammenbricht. Sie bleibt majestätisch groß, aber ihre Kunst kommt nicht vom Herzen und geht nicht zum Herzen. Da gerade die Rolle der **Emilie Marty** auf dieser Herzlosigkeit aufgebaut ist, ist sie die hierfür prädestinierte Schauspielerin.

Das Stück fand nach dem zweiten Akt den stärksten Beifall. Der Autor und der Wiener Regisseur **Dr. Beer** wurden gefeiert. Aber im allgemeinen war nicht die Stimmung zu spüren, die das Ereignis an sich, daß auch hier die Kunst wieder mithelfen soll, die Brücke zwischen zwei Völkern zu erbauen, hätte unbedingt hervorrufen müssen. In diesem Zusammenhange sei auf das große Verdienst hingewiesen, das **Otto Pisk** als Uebersetzer dieses und bedeutenderer Werke der tschechischen Literatur gebührt. **D. S. K. R. O. H. N.**

Ihr als geeignetes Mittel die Verstaatlichung der drei großen Privatbahnen: Kaschau-Oderberger Bahn, Ausfig-Teplitzer Eisenbahn und Pilschener Eisenbahn zu sein, auf welchen Eisenbahnlinien noch große Massen deutscher Arbeiter und Bediensteten in geschlossenen Territorien beisammen waren. Durch diese Verstaatlichungen gelang es ihr, mit einem Schlage das ganze zu sprengen. Vorher versuchte sie es mit Massenpensionierungen und später mit Verlegungen, wobei ihr die Zusammenlegung der Dienststellen der verstaatlichten Bahnen mit den alten Staatsbahnen eine willkommene Handhabe bot. Aber auch damit schien es ihr noch immer nicht rasch genug bei der Verfolgung ihres Zieles vorwärts zu gehen. Was mit den bisher angewendeten Mitteln nicht erreicht wurde, das suchte die Staatsbahnverwaltung nun endgültig mit verschärften sprachlichen Verfügungen zu erzielen. Sie gab im Frühjahr dieses Jahres einen Erlaß heraus, dessen drakonische Bestimmungen zweifellos dazu geeignet sind, tausenden Bediensteten deutscher Volksgenossen die Kenntnis der Dienstsprache nicht nachzuweisen vermögen, das Genie zu brechen und sie samt ihren Familien ins Unglück zu stürzen. Es mußt geradezu lächerlich an, von Arbeitern des Oberbaues, deren Arbeitsleistung ausschließlich in der geschickten Handhabung des Krampens und der Schaufel besteht, oder von Werkstättenarbeitern, die als Pflichtenbedienstete Handlungsdienste zu leisten haben, also mit dem Verlehrs- und dem Publikum überhaupt nicht in Berührung kommen, die Kenntnis der Dienstsprache zu verlangen. Die Staatsbahnverwaltung scheut nicht einmal davor zurück, gut qualifizierte Arbeiter deutscher Nationalität kurzerhand zu entlassen und mit ihren Familien brotlos zu machen, nur weil sie nach Ansicht irgendeines Ueberbeherrschten die Dienstsprache nicht in jenem Maße beherrschen, wie es gerade der Laune einzelner solcher Vorgesetzten entspricht. Solcher Fälle sind bereits Legion!

Es ist noch nicht solange her, als einige dreißig deutsche Arbeiter in Moskau zum Teil in das tschechische Gebiet verlegt und zum Teil entlassen wurden. Auch in der Eisenbahnwerkstätte Böhmisch-Weipa wurden deutsche Arbeiter mit längerer Dienstzeit und besonderer Qualifikation entlassen und jüngere tschechische, minderqualifizierte Arbeiter im Dienste belassen. Besonders im Königgrätzer und Böhmer Distributionsbereiche nehmen die Verlegungen und Entlassungen von Arbeitern in jüngster Zeit derart überhand, daß von wahren Massenverlegungen und Verlegungen deutscher Bediensteter gesprochen werden kann. In wenigen Monaten wurden in Reichenberg gegen hundert solcher Verlegungen und Entlassungen deutscher Bediensteter und Arbeiter verfügt. Erst vor drei Tagen wurden mir von Reichenberg wieder fünfzehn neue Verlegungsfälle gemeldet.

**Ein skandalöses Rundschreiben.**

Daß gewisse tschechische politische Parteien hinter diesem skandalösen Treiben stehen, ja solche wahnsinnige Verfolgungsaktionen geradezu in Szene setzen, will ich hier in diesem Hause durch ein Rundschreiben aufzeigen, das vom Abgeordneten und Vizepräsidenten dieses Hauses Burival an die Ortsgruppen der „Jednota zřizenu št. dráh“ am 2. Juni unter Geschäftszahl: 506 von Böhmisch-Teplitz aus versendet wurde, und das vom Herrn Abgeordneten und Vizepräsidenten Burival gezeichnet ist. Dieses Rundschreiben lautet in Uebersetzung wie folgt:

An den Verwaltungsausschüß der Ortsgruppen der Jednota zřizenu št. dráh.

Auf Grund der anläßlich meiner letzten Reise nach Kaschau am 26. Mai erhaltenen Informationen darüber, daß die begonnenen Verlegungen der tschechischen Bediensteten in das Teschen Gebiet eingestellt werden und dadurch die Tatsache bestehen gelassen werden soll, daß die deutschen und ungarischen Bediensteten auch weiters die Staatsinteressen vollkommen ungestört wahrnehmen sollen, habe ich es für notwendig befunden, die Eingabe, welche ich am 8. November 1922 gemeinsam mit Abgeordneten Bruder Tršabaly unterfertigt, an den Eisenbahnminister übergeben habe, zu erneuern.

Wir haben damals verlangt, daß die Verhältnisse der Bahnbediensteten und deren Stellvertreter in Tschechien-Teschen abgezogen werden, desgleichen auch in der Station Karwin; weiters haben wir die Umfesterung der Kaschau-Oderberger Bahn verlangt, daß dieselbe in Gestalt der unbedingten Berechtigung und gleichfalls so wie die Stabilität der provisorischen Bediensteten nach dem Besche vom 7. Oktober 1919, Zahl: 541 Stg. d. E. v. B., rückgeführt werde. Desgleichen haben wir andere bringende Fragen zur Sprache gebracht, damit sie gelöst werden.

Diese Verfügung war uns notwendig, nachdem die Vertreter des deutsch-sozialistischen „Verbands“ gemeinsam mit den Vertretern der „Anie“ gleich am Anfang dieser Reinigungsaktion Hindernisse in den Weg legen wollten und für ihre Absicht Gehör beim Sektionschef Dr. Krepka fanden.

Durch eine detaillierte Auslegung habe ich dem Eisenbahnminister am 30. Mai in dieser Sache informiert und habe desgleichen durch persönliche Intervention beim Eisenbahnministerium am 1. Juni dahin gewirkt, daß die Angelegenheit neuerdings zum Gegenstand gewichtiger Verhandlungen

werde und das, was ursprünglich Absicht gewesen war, durchgeführt werde.

Diese Reinigungsaktion ist notwendig und es muß ihr nicht nur volle Aufmerksamkeit unsererseits gewidmet werden, sondern auch durch unsere Mitglieder unserer Ortsgruppen, soferne sie in Betracht kommen. Ich wünsche daher, daß wir rechtzeitig über alles informiert werden.

Indem ich Euch diesen Bericht erstatte, zeichne ich mich mit Brudergruß  
Burival m. p.

Mit diesem Rundschreiben ist über jeden Zweifel erweisen, weil die Staatsbahnverwaltung von tschechischen politischen Parteien, noch dazu einer solchen, die sich mißbräuchlich den Beinamen „sozialistische“ beilegt hat, beeinflusst und dazu veranlaßt wird, die deutschen Bediensteten im Eisenbahndienste zu verfolgen und womöglich auszumerzen. Die initiativ Betätigung eines Funktionärs des Parlaments muß auf das schärfste verurteilt werden und wir fordern von der Regierung Aufklärung darüber, wie sie sich dazu stellt und welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt, derartigen chauvinistischen Exzessen und Verfolgungen von Eisenbahnbediensteten nationaler Minderheiten entgegenzuwirken.

**Die Verlesung des geheimen Rundschreibens Burival's blieb aus das Haus nicht ohne Eindruck. Unsere Genossen gaben ihrer gerechten Empörung lauten Ausdruck.**

**Hirsch rufte: Die Handlungsweise Burival's ist eine Entwürdigung des Hauses!**

**Hillebrand haut mit der Faust auf die Ministerbank und fragt: Was sagt der Minister zu dieser Unverschämtheit Seiner Majestät Burival's?**

**Beutel: Wo ist Burival?**

**Hollischer: Herr Vizepräsident Burival soll herkommen?**

**Beutel: Und jetzt verlangen Sie noch Loyalität von den deutschen Staatsbürgern!**

**Hakenberg: Was hätten Ihr gemacht, wenn man Euch in Oesterreich so behandelt hätte!**

**Hillebrand: Der Eisenbahnminister war noch während der ganzen Debatte nicht hier gewesen!**

**Hirsch: Ein schändliches Vorgehen!**

**Hillebrand: Den Demontanten sollte man herauswerfen!**

**Uhl: Der Mann nennt sich Sozialist!**

**Kaufmann: Die deutschen Eisenbahner werden sich den Namen Burival merken!**

**Vizepräsident Votto läßt wiederholt die Klingel ertönen. Der Lärm dauert jedoch noch minutenlang an.**

Vizepräsident Votto teilt mit, daß es bei der gestrigen Rede Samalits zu unwürdigen Zwischenrufen gekommen ist, die er auf der Tribüne nicht hörte, die er aber nachträglich aus dem stenographischen Protokoll feststellte. Er ruft einen unbekannt Abgeordneten wegen des Rufes „Siman gehört ins Kriminal!“, den Abg. Myslivec wegen des Ausrufes „Staatliche Diebe!“ und den Abg. Roudnický wegen der Ausrufe „Das sind moderne Räuber, das sind Korruptionisten!“ zur Ordnung.

**Vorobsky** (mag. Soz.-dem.) beschwert sich über die slowakischen Zustände. Der Staat vermehrt noch die Arbeitslosigkeit in der Slowakei und nimmt bei staatlichen Lieferungen auf die Slowakei keine Rücksicht. Während seiner Rede wird er vom Vizepräsidenten Votto zweimal zur Ordnung gerufen.

Es sprechen ferner **Venkava** (tsch. Volksp.), **Brodecky** (soz. Einigung), der tschechische Sozialdemokrat **Chalupa**, der Kommunist **KH**, der tschechische Nationalsozialist **Milutak**, der tschechisch-kerlische **Kožel**, der Agrarier **Blaho** und der tschechische Sozialdemokrat **Pauemann**.

**Genosse Leibl**

beweist, daß in diesem Staate die großen wirtschaftlichen und sozialen Arbeiten in absehbarer Zeit gelöst werden könnten. Wir haben über eine Million kleiner Landwirte mit einem Grundbesitz bis zu fünf Hektar, um die sich der Staat bisher sehr wenig gekümmert hat, und doch wäre gerade hier ein großes Feld zur Betätigung. Die Bodenreformgesetze hatten ursprünglich einen revolutionären Charakter und es hätte Großes geleistet werden können, wenn nicht durch deren Novellierung eine Verschlechterung eingetreten wäre.

**Es machen sich auch jetzt Strömungen bemerkbar, um die Durchführung der Bodenreform überhaupt zu verhindern.**

Die Ansicht der Gegner der Bodenreform, daß ihre Durchführung die Zerreißung der großen Betriebe zur Folge hätte, ist unrichtig, denn auch nach der Durchführung der Bodenreform werden 70 Prozent des landwirtschaftlichen Bodens den Großbetrieben verbleiben, während die kleinen Landwirte 30 Prozent des Bodens innehaben werden. Auch die Behauptung, daß die Rentabilität der kleinen Wirtschaften weit geringer ist, als die der Großbetriebe, ist unrichtig. Denn gerade bei den beiden Großbetrieben ist der Ertrag ein weit geringerer als bei den Kleinbetrieben. Wir müssen verlangen, daß in erster Linie die wirtschaftlich Schwachen Berücksichtigung finden, und daß bei Verteilung der im Staatsvoranschlag des Landwirtschaftsministeriums vorgesehenen Subventionen in der Höhe von 50 Millionen Kronen auch die Organisationen der kleinen Landwirte herangezogen werden.

**Die Generalstreitgefahr in der Wiener Metallindustrie.**

Wien, 29. November. (Eigenbericht.) Heute vormittags fanden unter dem Vorsitz des Bundespräsidenten Seipel Verhandlungen zwischen den beiden Streitparteien, den Metallarbeitern und Industriearbeitern auf der einen und den Industriellen auf der anderen Seite statt. Die Arbeitervertreter waren auf Einladung Seipels im Parlament erschienen. Der Bundeskanzler ersuchte die Gewerkschaftsvertreter, neue Vorschläge zu unterbreiten, worauf diese erklärten, daß sie von der Arbeiterschaft, die sie vertraten, hierzu nicht ermächtigt worden seien. Die Besprechung dauerte wohl längere Zeit, da jedoch keine Annäherung zustande kommen konnte, mußte sie als ergebnislos abgebrochen werden.

Nachmittags empfing Bürgermeister Genosse Seidl die Vertreter der Industriellen, die ihn über den Stand des Konfliktes informierten. Seidl unterließ es nicht, die Unternehmer auf die furchtbare Katastrophalität zu verweisen, in die die Bewohner Wiens durch die Stilllegung der Elektrizitätswerke und der Straßenbahn, ferner aller von der elektrischen Betriebskraft abhängigen lebensnotwendigen Unternehmungen geraten würden, wenn der Streikausbruch nicht vermieden würde. Die Industriellen verblieben aber auf ihrem Standpunkt, daß die österreichische Industrie eine weitere Belastung des Lohn- und Gehaltsbudgets nicht vertrage.

Die Einführung der Sozialversicherung auch in den landwirtschaftlichen Betrieben ist eine dringende Notwendigkeit, für deren Verwirklichung wir uns entschieden einsetzen müssen. (Beifall.)

Die Sitzung wurde um 1 Uhr nachts geschlossen.

**Die Affäre Prázel.**

**Antrag des Genossen Taub auf Vorladung des Senatspräsidenten in den Budgetausschüß.**

In der gestrigen Sitzung des Budgetausschusses protestierte **Bubnil** dagegen, daß der Vorsitzende des Budgetausschusses den gemäß dem Antrage **Taub** in der letzten Sitzung gefassten Beschluß nicht durchführte, nach welchem zuerst die Spiritusverordnung verhandelt werden sollte.

Genosse **Taub** stellte den Antrag, für den 4. Dezember eine Sitzung des Budgetausschusses einzuberufen, mit der Tagesordnung: „Regierungsvorlage über die Spirituswirtschaft“ und zu dieser Sitzung den Präsidenten des Senats **Prázel**, gemäß Paragraph 28 der Geschäftsordnung als Sachverständigen einzuladen. Der Vorsitzende **Prázel** erklärte diesen Antrag für geschäftsordnungswidrig; in der folgenden Geschäftsordnungsdebatte weisen die Genossen **Taub** und **Hakenberg** nach, daß der Antrag vollständig den Bestimmungen der Geschäftsordnung entspricht. Wegen **Huidel** und **Römeč** die Erklärung des Vorsitzenden **Prázel** zu rechtfertigen suchten. Der Vorsitzende blieb bei seiner Entscheidung und ließ über den Antrag nicht abstimmen. Es war offenkundig, daß die Abstimmung deshalb verhindert wurde, weil die oppositionellen Mitglieder des Budgetausschusses in der Sitzung um ein Mitglied stärker vertreten waren als die Koalitionsparteien.

**Minister Novak über das Bewilligungsverfahren.**

In der vorgestrigen Sitzung des Gewerbeausschusses gab Handelsminister **Novak** eine Erklärung ab, in der er sagte:

**Wlášek** hat in seiner gestrigen Rede das Bewilligungsverfahren als ein Protektions- und Korruptionssystem bezeichnet. Dieser Vorwurf kann entweder mich selbst oder die betreffende Beamtenchaft in jener Sektion betreffen. Ich betrachte es als meine Pflicht, auf das Energischste derartige Pauschalangriffe auf dasjenige zurückzuweisen, was allen ehrlichen Menschen das Teuerste ist, die Ehre. Die Beamtenchaft der betreffenden Sektion des Handelsministeriums ist nicht nur infolge der wiederholten persönlichen Restriktionen mit Arbeit überhäuft, sondern vertritt auch ihre Pflicht in opferwilliger und gewissenhafter Weise. Ich selbst verfolge alltäglich persönlich die Tätigkeit der Beamten und konstatiere mit Nachdruck, daß ich mir die Entscheidung in allen prinzipiellen und Ausnahmefällen vorbehalten habe. Für die Bewilligungspraxis sind je nach den einzelnen Tarifposten des Zolltarifes feste Richtlinien festgesetzt auf Grund der Beschlüsse des Wirtschaftsbeirates, in welchem Vertreter aller Interessentengruppen und auch der Konsumenten sitzen. Ich achte nicht nur darauf, daß alle Richtlinien von den Referenten streng eingehalten werden, sondern habe auch längst schon angeordnet, daß die Erledigung in raschster Weise nach dem Einlauf der Gesuche erfolgt. So weit ein Gesuch ausnahmsweise beschleunigt erledigt werden muß, geschieht dies aus sachlichen Gründen nach strenger Prüfung. Diese ausnahmsweise Beschleunigung ist absolut notwendig, da man sonst dem Antevernöthigten Bürokratismus und mangelnde Anpassungsfähigkeit an die Bedürfnisse des praktischen Wirtschaftslebens vorwerfen könnte. Der Minister ersucht um Zurücknahme seiner Vorwürfe oder um konkrete Beweise.

**Wlášek** antwortet, daß er den Handelsminister nicht habe beschuldigen wollen, als ob er in seinem Antee Korruption bilden würde. Er sei

In der Vorstandskonferenz der Gewerkschaften, die nachmittags in der Arbeiterkammer tagte, berichtete Genosse **Queber** über die kritische Situation, die sich nach den wieder abgebrochenen Verhandlungen ergeben hat. Die Vorstandskonferenz beschloß einstimmig eine Resolution, in der sie feststellt, daß sowohl die Gewerkschaftskommission als auch die beiden beteiligten Organisationen der Metallarbeiter und der Industriearbeitern nichts unversucht gelassen hatten, den Konflikt einer Lösung zuzuführen. Die Konferenz beauftragte ferner die Gewerkschaftskommission, alles vorzulegen, um, wenn der Kampf ausbrechen sollte, die Streitenden mit allen Mitteln zu unterstützen und die solidarische Hilfe der anderen Gewerkschaften, über deren Entfaltung die nächste Konferenz beschließen wird, aufzurufen.

**Noch ein Einigungsversuch.**

Wien, 29. November. (Eigenbericht.) In später Abendstunde reiste Bundeskanzler Seipel dem Obmann des Metallarbeiterverbandes **Genossen Domes** telefonisch mit, daß er seine Bemühungen um eine Beilegung des Lohnkonfliktes nicht aufgegeben habe und beide Parteien für morgen vormittag zu neuen Verhandlungen einlade.

überzeugt, daß der Handelsminister ein absolut charaktervoller Mann ist.

Er habe nur darauf aufmerksam gemacht, was in Geschäftskreisen bei jeder Gelegenheit behauptet werde, daß das Bewilligungsverfahren in Kreisen der Kaufleute den Eindruck mache, daß derjenige, der Konnexionen besitze, dieses System zu seinem Vortheile gegenüber seiner Konkurrenz ausnützen könne. Es sei sehr schwer, jemanden der Bestechlichkeit zu überweisen, er habe es aber als seine Pflicht erachtet, auf die in der Bevölkerung herrschenden Ansichten aufmerksam zu machen. Konkrete Fälle könne er nicht anführen.

**Aus dem Senat.**

Prag, 29. November. Der Senat trat heute um 4 Uhr 30 Min. zu einer Sitzung zusammen, vor allem um die Gesetzesvorlagen, die in der letzten „Spirituellen“ — spirituell leitet sich in diesem Zusammenhang ausschließlich von Spiritus ab — Witternachtsitzung nicht mehr erledigt werden konnten, zu erledigen.

Es handelte sich um die Gesetzesvorlage betreffend die wirtschaftlichen Bezirksvorstehungsklassen und die Kontributionsfonds in Böhmen, den Bericht des volkswirtschaftlichen und Budgetausschusses über verschiedene Anträge betreffend Vergütung bei Naturalschäden, die Forderung des Bezugsgerichtes in Trebitsch auf Auslieferung des Sen. **Johann Jilek** (tsch. Mer.) wegen Ehrenbeleidigung, die Aenderung des Gesetzes vom 17. Dezember 1918 betreffend den vorläufigen Schutz der Wälder und die Forderung des Senats auf Verlängerung der Beratungskfrist über die Gesetzesvorlage, die die Erzeugung und Einfuhr von Bedarfsartikeln für die Radiotelegraphie und Telephonie regelt.

Zum ersten Punkt der Tagesordnung sprachen Sen. **Lish** (tsch. Nat.-Soz.), Sen. **Zuleger** (B. d. L.) und Sen. **Karás** (tsch. Mer.). Der Gesetzesantrag wurde sodann angenommen. Gleichfalls angenommen wurden die Anträge betreffend die Vergütung bei Naturalschäden.

Ueber Antrag des Amnitionsausschusses beschließt der Senat, den Senator **Jilek** an das Bezugsgericht in Trebitsch auszuliefern.

Bei den restlichen Punkten der Tagesordnung fanden die Anträge der Referenten gleichfalls Annahme.

Die Sitzung, die vom Präsidenten **Prázel** (!) geleitet wurde, fand um 5 Uhr 45 Min. nach ruhigem Verlaufe ihr Ende.

Nächste Sitzung Dienstag, den 4. Dezember um 4 Uhr nachmittags.

**Die Klubmännerkonferenz.**

die vor der Plenarsitzung stattfand, befaßte sich mit dem kommenden Arbeitsplan des Senats. Die Budgetberatungen in den Ausschüssen werden am 5. Dezember beginnen und sollen in drei Tagen, eventuell auch durch Abend-sitzungen, beendet sein. Die Budgetdebatte im Plenum beginnt am 12. Dezember. Für diese Debatte ist eine 20- bis 25stündige Dauer vorgesehen, so daß das Budget durch den Senat am 17. oder 19. Dezember angenommen werden dürfte. Hierauf wird der Senat noch zu zwei oder drei Sitzungen zusammentreten, um einige befristete Gesetze zu erledigen. Die letzte Sitzung des Senates vor dem Weihnachtstages wird voraussichtlich am 21. Dezember stattfinden.

**Die Budgetberatung im Senat.**

Das Senatspräsidium beabsichtigt, laut „Tribuna“, infolge der Umstände, die bei den Budgetberatungen im Abgeordnetenhaus vor sich gingen, die Behandlung des Staatsvoranschlags im Senate zu kürzen. Das Senatspräsidium will jedem Klub für die Budgetdebatte eine Redezeit von zwei Stunden einräumen.

### Jeder Vierte ein Deutscher.

Das eben erschienene Mitteilungsheft des Statistischen Staatsamtes veröffentlicht einen kurzen Auszug der endgültigen Ergebnisse der Volkszählung vom 15. Februar 1921. Da diese Statistik auch die absoluten und relativen Zahlen über die nationale Schichtung der Bevölkerung in der Tschechoslowakei enthält, hebt sich damit sozusagen an die Reihe der Rebell, den gewisse Leute bisher über dem „Nationalstaat“ ziederhalten sich bemüht.

Nach den Ergebnissen der Volkszählung bekennen sich von den 13.374.364 hier wohnenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen 8.760.937 zur „tschechoslowakischen Nation“, 461.849 zur russischen (arokrussischen, ukrainischen, karpathorussischen), 3.123.568 zur deutschen und 745.431 zur magyarischen. Den Rest bilden 180.855 nationale Juden, 75.853 Polen, 2108 Südslawen, 13.974 Rumänen, 8446 Zigeuner und 1843 Angehörige verschiedener anderer Nationen. Mit den 238.808 in der Tschechoslowakei lebenden Ausländern stellt sich deren Gesamtanzahl auf 13.613.172.

Die sämtliche bisherigen Statistiken des Staatsamtes gibt also auch die zuletzt erschienene keinen Aufschluß über die Kopfzahl der Tschechen und der Slowaken. Zusammen bilden beide Völkstämme knappe zwei Drittel der Bewohner mit Heimatsrecht. Was nun die Deutschen anlangt, so stellen diese 233,6 von je 1000 anwesenden tschechoslowakischen Staatsangehörigen. Das heißt: mehr als 23 Prozent, beinahe ein Viertel der hier heimatsierten Bevölkerung dieses Staates sind — nach den Ergebnissen der Volkszählung — Deutsche. Man kann wohl annehmen, daß bei etwas geringerer — sagen wir: Ungunst der Volkszählung das Viertel reichlich voll geworden wäre. Tatsächlich wird aber der Prozentsatz der Deutschen auch nach den vorliegenden Ergebnissen der Volkszählung um einen schwachen Hundertsteil größer, wenn man die hier wohnenden Deutschen nicht-tschechoslowakischer Staatsangehörigkeit mit in Betracht zieht. Von den 238.808 Ausländern bekennen sich nach derselben amtlichen Statistik 94.437 zur deutschen Nationalität. Damit wächst die Zahl der in der Tschechoslowakei ansässigen Deutschen auf nahezu drei ein Viertel Millionen.

Die Verteilung der „tschechoslowakischen“ und der deutschen Nation in den einzelnen Ländern stellt sich folgendermaßen: Von den 6.670.582 Einwohnern Böhmens sind 4.382.788 „Tschechoslowaken“ und 2.173.239 Deutsche; in Mähren ist das Verhältnis 2.048.426 : 547.604, in Schlesien 296.194 : 252.365, in der Slowakei 2.013.792 : 139.900 und in Karpathorugland 1.973 : 10460. Die Deutschen Böhmens bilden mehr als 33 Prozent der Einheimischen, also genau ein Drittel, in Mähren mehr als 20 Prozent oder ein Fünftel, in Schlesien mehr als 40 Prozent, also zwei Fünftel. In den historischen Ländern sind demnach durchschnittlich ein Drittel aller Staatsangehörigen Deutsche, in der ganzen Republik ist von den Staatsangehörigen jeder Vierte ein Deutscher.

Die bisher veröffentlichten Ergebnisse der Volkszählung umfassen auch eine Statistik des Verhältnisses der Männer zu den Frauen. Danach entfallen auf 1000 einheimische Männer 1084 einheimische Frauen. Im Jahre 1910 betrug der Ueberschuß an Frauen nur 52 beim Tausend. Wir sprechen eine Vinsenwohrheit aus, wenn wir feststellen, daß diese Verschiebung eine Folge des Weltkriegs ist. Interessant ist, daß der Ueberschuß an Frauen bei den Deutschen, wo er auch schon im Jahre 1910 beträchtlicher war als bei den übrigen Nationen, seither auch verhältnismäßig noch weiter angewachsen ist. Nach der letzten Volkszählung entfallen bei den Deutschen auf 1000 Männer 1125 Frauen.

Die Zahlen der amtlichen Statistik dürften wohl auch in den Köpfen der Unbeschränkten mit dem etwa noch vorhandenen Rest der Fiktion eines tschechischen oder tschechoslowakischen Nationalstaates aufräumen. Mehr als ein Drittel der Bevölkerung dieses Staates gehört nicht zu der konstruierten „staatsbehaltenden“ Nation. Diese nackte Tatsache ist unumstößlich und zwingt zu Konsequenzen, denen sich auf die Dauer niemand wird verschließen können.

### Inland.

**Deutschnationale Zahllosigkeit.** Der deutsch-nationale Abgeordnete Schollisch hat bekanntlich vor einigen Tagen im Parlament mit viel Aufwand von Lunge und — Zahlen für die Einführung des numerus clausus plädiert. Wie ernst Herr Ernst Schollisch samt seinen Zahlen zu nehmen ist, muß er sich nun ausgerechnet von der treudeutschen „Bohemia“ sagen lassen, in der Albert Wesselski dem wiederern Schollisch nicht mehr und nicht weniger vorwirft, als daß er „mit falschen Ziffern gearbeitet“ hat. Herr Schollisch behauptete nämlich, daß von den 238 Professoren der Deutschen Universität 93 Juden seien. Tatsächlich gibt es aber im ganzen nur 68 Professoren der Deutschen Universität 93 Juden denen insgesamt wieder nur 26 Juden sind. Nicht der Juden, sondern der ganzen Oeffentlichkeit wegen buchen wir diese Feststellung des Herrn Wesselski, die den besten Beweis für den Unwert, die Unschlüssigkeit und Struppellosigkeit der Schollisch-deutschen Nationalen Politik bildet.

**Eine autonomistisch-kommunistische Partei in der Slowakei?** Wie sich das „Pravo Lidu“ aus Rosenberg melden läßt, hat dort am 25. November eine Konferenz kommunistischer Vertrauens-

ensmänner aus der Slowakei stattgefunden, an der 40 Delegierte politischer und gewerkschaftlicher Organisationen teilgenommen haben. Die Konferenz nahm eine scharfe Resolution gegen die Prager Leitung der kommunistischen Parteien an und sprach sich auch gegen den internationalen allgewerkschaftlichen Verband aus. Es wurde beschlossen, eine eigene Zeitschrift herauszugeben, sowie eine eigene autonomistisch-kommunistische Partei zu gründen. — Inwiefern diese Bewegung tatsächlich weitere Kreise der kommunistischen Partei erfährt hat, ist aus dem Bericht, für den wir die Verantwortung dem zitierten Blatte überlassen müssen, nicht zu ersehen.

**Justiz im Landesverteidigungsministerium.** Wir haben vor einigen Tagen eine Meldung des „Rude Pravo“ registriert, welches über verschiedene Skandalaffären im Ministerium für nationale Verteidigung berichtet hatte. Wie nun das Ministerium für nationale Verteidigung dem genannten Blatte mitteilt, hat der Zentralverband der landwirtschaftlichen Genossenschaften nicht um einen nachträglichen Ersatz von zweieinhalb Millionen Kronen für militärische Heulieferungen angefragt, sondern einen Ersatz der Verluste verlangt, den er bei Getreidelieferungen während der Mobilisierung im Jahre 1921 erlitten haben soll. Das Nationalverteidigungsministerium hat diese Angelegenheit dem Ministerrat übergeben. Ebenso sind nach den Behauptungen des Ministeriums für Nationalverteidigung die in der letzten Zeit erfolgten Verlegungen von Offizieren aus den Zentralstellen in Garnisonen in der Provinz mit dieser Angelegenheit in keinem Zusammenhang.

### Ausland.

#### Landtagsfraktionen und Landesinstanzen.

##### Linksorientierung der sächsischen Partei.

Der Parteiausschuß der V. S. P. D. hat folgenden Beschluß gefaßt:

Das Organisationsstatut der Partei regelt die Zuständigkeit der Parteioptionen und ihrer Instanzen sowie der Fraktionen der Partei in den Parlamenten. Mit diesen Bestimmungen des Statuts der Gesamtpartei dürfen die statistischen Bestimmungen der Bezirke nicht im Widerspruch stehen. Die Stellung der parteieigenen Landtagsfraktionen und der Landesinstanzen zueinander entspricht der Stellung der Reichstagsfraktion und des Parteiausschusses zueinander. Der Parteiausschuß stellt daher fest: Die Landtagsfraktionen der Partei haben in den Landtagsparlamenten auf dem Boden der Landesverfassungen selbständig unter eigener Verantwortung sozialdemokratische Politik zu treiben. Beschlüsse von Parteioptionen oder Landesinstanzen der Partei haben für die Landtagsfraktionen die Bedeutung parteieigenen Vorschläge und Gutachten, deren Würdigung und Verwirklichung bei der endgültigen Entscheidung dem pflichtgemäßen freien Ermessen der Landtagsfraktionen unterliegt. Für ihre Politik in den Landtagen sind die Landtagsfraktionen ihren Landesparteitagen und der Gesamtpartei verantwortlich.

Der „Vorwärts“ bemerkt hierzu, daß diese Stellungnahme des Parteiausschusses durch die besonderen Verhältnisse in Sachsen herbeigeführt wurde. Dort hatte sich aus Anlaß der letzten Regierungsbildung ein Konflikt zwischen dem Landesarbeitsausschuß und der Landtagsfraktion über die Frage ergeben, welche der beiden Körperschaften die Entscheidung über die Art der Vertretung der Partei an der sächsischen Regierung zu treffen habe. Um dieses Konfliktes willen ist sogar ein besonderer Landestag für den nächsten Sonntag einberufen worden, der über die weitere Politik in Sachsen entscheiden soll. Soweit bisher bekannt ist, wurden fast in allen Bezirken linksstehende Delegierte gewählt, so daß mit einer Linksorientierung der Partei zu rechnen ist.

#### Die Deutschlandhilfe von den Christlichsozialen und Großdeutschen in Oesterreich abgelehnt.

In der ersten Sitzung des neuwählten Nationalrates haben die sozialdemokratischen Abgeordneten den folgenden Antrag eingebracht:

Beseitigt von dem Gefühl innigsten Bedauerns der Deutschen Deutschösterreicher mit den Brüdern im Reich und in Danabac: Erinnerung an die wertvolle Hilfe, die die deutsche Republik in schwerster Zeit der jungen Republik Deutschösterreich gewährt hat, wird beantragt:

Die Republik Oesterreich widmet für die Notleidenden Deutschlands zu Händen des Reichspräsidenten einen Betrag von zehn Milliarden Kronen.

Dieser Antrag ist nun Mittwoch von den Christlichsozialen und Großdeutschen, nachdem Teipel eine wütende Rede dagegen gehalten hat, abgelehnt worden! Die Not der breiten Massen der deutschen Bevölkerung ist wahrscheinlich noch nicht groß genug, als daß sie die Vertreter der christlichen Barmherzigkeit und diejenigen, die das Deutschland gepachtet zu haben vorgeben, rührend könnte. Man ersieht aus dieser ganz beispiellosen Schande, die da die Christlichsozialen und die Großdeutschen ihren eigenen Grundfragen zugesagt haben, daß sowohl die christliche Barmherzigkeit der Christlichsozialen als auch die Liebe zur Nation, welche die Deutschnationalen ständig im Munde führen, nur eine Phrase ist.

### Ein Lehrbuch des Republikanismus.

Die humoristischen Schriften des längst verstorbenen Mark Twain sind in aller Händen, sind vor allem Jugendlektüre geworden. Er zählt zu den größten Humoristen der Weltliteratur, hat durch das geschriebene und ebenso durch das gesprochene Wort unzähligen frohe Stunden bereitet. Keiner kann leugnen, daß seine Arbeiten vor recht ungleichem Wert sind; Humoresken, Abenteuererzählungen, Lausbubenstreiche — kurz, Unterhaltungsliteratur, die aber doch niemals unter ein gewisses künstlerisches Niveau sinkt. Die Sympathien der Welt, zumindest Amerikas, flogen ihm zu. Er hat diese Verehrung zu schätzen, aber auch auszuwerten verstanden. Ein Buch, das erst jetzt in deutscher Uebersetzung erschienen, „Ein Yankee am Hofe des Königs Artus“ (bei Karl Stephenson, Wien) zeigt, daß er die Macht, die ihm seine Beliebtheit über das Bewußtsein eines großen Leserkreises gab, richtig anzuwenden wußte. Die man dieses Buch, so begreift man, daß es erst heute möglich ist. Und man begreift, daß es heute, da die schenklichen Kräfte der monarchistischen Reaktion sich in Mitteleuropa aus den Finsternissen, in die die Revolution sie warf, wieder hervorwogen, höchste Aktualität besitzt. Es ist nichts anderes, als ein phantastisch unrahmtes, humoristisch geformtes Lehrbuch des Republikanismus, und es zeigt uns die Gewalten, welche die einmal aufgerichtete Republik wieder zu untergraben versuchen.

Die Umrahmung, die Art des Vortrags, der Stil, ist echter Mark Twain. Spannend, übermäßig, schmerzhaft, dabei gedankentief, geistreich, niemals geschmacklos. Aber diesmal sind all die tollen Scherze nicht um ihrer selbst willen da. Sie sollen Heiterkeit erregen — aber diese Eigenschaft ist nur Träger anderer Elemente. Ähnlich wie Sinclair fesselnde, aufregende, nach eigenem Geständnis finoartige Romane schreibt, und das Interesse, das diese künstlerisch minderwertige Literatur erregt, dazu benützt, die Kunde von den Lebensverhältnissen der Arbeiterklasse, von sozialem Unrecht und maßloser Korruption in die Gehirne der Leser zu tragen, eine Kenntnis, der sie sich sonst hartnäckig verschließen, — so schreibt Mark Twain einen humoristischen Roman, der nur das Befehl revolutionärer Ideen ist, der diese Ideen auf angenehme Art in das Bewußtsein des politisch indifferenten Publikums schmuggelt. So sind die Scherze diesmal schimmerndes Silberpapier über einer Heilpille. Schluß die Wille der Europäer der Monarchien, und es wird wie Schuppen von euren Augen fallen! Eure grenzenlose, träge Dummheit wird in erbärmlicher Nacktheit dastehen!

Da gelangt ein Yankee, ein Erzrealist, Zwedmensch vom Scheitel bis zur Sohle, durch irgend einen Vorgang, Traum oder Wunder, das gilt gleich, aus dem Amerika des neunzehnten Jahrhunderts ins England des sechsten Jahrhunderts, mitten in die Hochblüte des höfischen Lebens im Reich des Königs Artus. Die Ertrungenschaften des menschlichen Geistes, die dreizehn Jahrhunderte hervorbrachten, sind ausgelöscht, leben nur in der Erinnerung des einen Menschen. Im ersten Eindruck glaubt er in einem Irrenhaus zu sein. Schwergewappnete, nutzlosen Kampfspielen hingebene Ritter, beschäftigungslose Bogen, sinnlos komplizierte, zeitötende Hofetikette, — eine Welt der Zwecklosigkeit, des Müßiggangs, des Unernstes, von der Dichter und Geschichtsschreiber uns ein vergoldetes falsches Bild aufbewahrt haben. Zufälle retten den Yankee vor der Hinrichtung, eine Sonnenfinsternis wird für sein Werk, er für einen mächtigen Zauberer gehalten und, als Meister über alle irdischen und überirdischen Gewalten, zum ersten Minister gemacht. Nun geht er daran, das Antlitz der Welt zu ändern. In die rauhe, von Ländereien ausgefüllte Ritterzeit setzt er den Zwedgeist des neunzehnten Jahrhunderts, die Hilfslosigkeit einer geistig völlig sterilen Epoche soll durch die technischen Ertrungenschaften der Moderne beseitigt werden. Er bleibt aber den mittelalterlichen Reden gegenüber immer der Zauberer und Magier, es ist ihm ja leicht, mit Hilfe von Dynamit, Raketen, Telephon „Wunder“ zu vollbringen, wo doch selbst die Rauchwolken seiner Tabakpfeife mystische Verehrung erwecken. Merlin ist sein Nebenbuhler, ein von der Dummheit seiner Umgebung lebender Fokusfokusmacher. Mit der Verschiebung dieser Gestalt des Sagenkreises beginnt die Umwertung aller Teilnehmer der Tafelrunde, ja der Zeit überhaupt. Die Ritter, König Artus, werden ganz ähnlich gesehen, wie die griechischen Helden und Götter von den Textdichtern der Offenbach-Operetten. Der Charakter wird ins Komische verzerrt, alle heroischen Gestalten ins Groteske übertrieben, alles wahrhaft Heldenhafte durch karikierten Größenwahnsmir erseht. Der romantisch zauberhafte Schimmer, der sich um diese Zeit spinn, wird rücksichtslos zerissen. Die Helden und ihre Anbeter sind nichts als Puppen, Hohlköpfe, besessen von Hirngespinnsten, von Aberglauben, von Autoritätsdünkel. Hier gleiten wir ins Thema des Wertes hinüber. Warum nehmen die zahllosen blutarmen Bewohner die Befehle dieser dummstolzen Adligen und Könige bedingungslos, widerspruchslos hin? Warum zahlen sie Steuer, dem Adel, dem König, dem Staat, dem Klerus, dem Beamten, jedem, der Steuer verlangt? Warum stellen sie keine Vergleich an zwischen ihrem Leben und dem der adeligen Müßiggänger? Weil sie blind sind, dumm, vernagelt, weil die Trägheit in ihnen wirkt, weil sie den dümmsten aller Gründe der Erde achten: Daß es nämlich bisher so war und schon deshalb so bleiben muß. Und weil die Kirche die Ausbeuter unter ihre geräumigen Fittiche

nimmt, ihr Vorgehen heiligt und jeden Zweifel mit Bannfluch straft. Die Kirche als Hauptstütze des Monarchismus — im sechsten Jahrhundert, im neunzehnten, und heute im zwanzigsten nicht minder. Und die andere Stütze ist der Adel, eine Rotte hochgeborener Dummköpfe, eingebildeter, bornierter „Auserwählter“, die sich für die Nation halten und die als Paradeesfiguren in den pomphaften Aufzügen des Hofes ein sicheres, ruhiges, von jeder werflätigen Arbeit freies Leben führen. Schluß folgt

### Tages-Neuigkeiten.

#### Hitler, der große Handwurzler. Aus dem böllischen Feldensalmanach.

Die Nachricht, daß Hitler zur Beobachtung seines Geisteszustandes in eine Irrenanstalt gebracht worden ist, entspricht nicht den Tatsachen. Dagegen inszenierte er einen Hungerstreik, den er aber bald wieder aufgegeben hat. Der Held vom Bürgerbräu ist ganz gewiß nicht geistesgestört; aber genaue Kenner seiner Psyche haben ihn immer schon rein pathologisch genommen, und zwar nicht erst seit der Zeit nach dem Kriege, in dem er eine gefährliche Kopfverletzung erhalten hat. Seine Jugendstreiche hatten schon immer für jeden fühlenden Menschen etwas direkt Abstoßendes, denn er liebte schon als Junge praktische Demonstrationen. Seine Anhänglichkeit an die Los-von-Rom-Bewegung, die von dem Vater, einem Deutschböhmern im österreichischen Staatsdienst, auf den Sohn übergegangen war, glaube er am Wirkungsvollsten als Hofschändler demonstrieren zu sollen. So wurde er im Jahre 1904 von der Realschule in Gmünd (Niederösterreich) ausgeschlossen, weil er bei der Kommunion die Hostie ausspuckte und in die Tasche steckte.

Bald nach der Flucht Hitlers wurde bekannt, daß am Morgen des 9. November auf seinen Befehl in zwei Münchener Druckerei-Großbetrieben, die im Auftrage des Reiches Papiergeld herstellten, sämtliche vorhandenen Geldbestände requiriert wurden. Von einer der Firmen wurde das vorgeschundene Geld verpackt in zehn Kisten mittels Lastautos weggeführt. Die Höhe des in beiden Druckereien geraubten Geldbetrages steht noch nicht einwandfrei fest, überschreitet aber jedenfalls den Betrag von 50.000 Millionen, von denen bisher nur ein ganz kleiner Teil wieder beigebracht werden konnte. Mit dem Geld ging Hitler ziemlich freigebig um, indem er dem Personal der Druckereien jeweils Trinkgelder in der Höhe von einer halben bis einer Billion gab und den aus dem Reichen der Erwerbslosen am Vormittag des 9. November angeworbenen „revolutionären Truppen“ sofort Beträge von 2 bis 5 Billionen auszahlen ließ. Bündel von Banknoten wurden übrigens auch in dem Auto zurückgelassen, in dem die festgenommenen Minister befördert wurden.

In der „Münchener Post“ bestätigt ein Augenzeuge, der sich während der Vorgänge in unmittelbarer Nähe Ludendorffs befand, die Angaben des „Vorwärts“, nach denen Ludendorff sich bei dem Zusammenstoß zwischen Deutschösterreich und bayerischer Landespolizei platt auf die Erde warf, solange in der Stellung zwischen Toten und Verwundeten liegen blieb, bis — nun, bis für ihn jede Gefahr geschwunden war. . . .

**Brutale Lehrlingsausbeutung.** Unserem Auffiger Parteiblatt ging ein Bericht zu, wonach dem Schularzt an der gewerblichen Fortbildungsschule in Auffig seit längerer Zeit die Tatsache auffiel, daß die Väterlehrlinge während des Unterrichtes fast regelmäßig einschließen. Der Arzt ging der Sache auf den Grund und ermittelte, daß es nicht Faulheit war, die diesen Umstand verschuldete, sondern eine geradezu ungeheuerliche Ueberarbeitung. Die durch den Direktor der Schule gepflogenen Erhebungen haben folgendes Ergebnis:

- Ein Väterlehrling B. F., der bei Herrn D. Feil, Tulze 18, lernt, arbeitet täglich von 9 Uhr abends bis anderntags 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.
- Der Väterlehrling B. A. bei F. Wanda, Schönpreisen, Schwandnerstraße, von halb 10 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 14 1/2 Stunden.
- Der Väterlehrling F. N. bei J. Kriecher, Verchensfeld, von 9 Uhr abends, bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.
- Der Väterlehrling S. F. bei J. Köffel, Schönpreisen, Auffigerstraße 88, von 9 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.
- Der Väterlehrling P. J. bei demselben Meister, dieselbe Arbeitszeit.
- Der Väterlehrling Sch. W. bei W. Rüdiger, Schönpreisen, Auffigerstraße 95, von 10 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 14 Stunden.
- Der Väterlehrling R. W. bei E. Kischel, Verchensfeld, von 9 Uhr abends bis 12 Uhr mittags, also 15 Stunden.

Die genannten Väterlehrlinge sind natürlich sieben von vielen. Und was den Auffiger Vädern recht ist, erscheint deren Kollegen anderwärts billig. Das Verbot der Nacharbeit und das Gesetz über den Achtstundentag scheinen für die ehrbaren Meister nur vorhanden zu sein, um umgangen zu werden. Es ist notwendig, daß ihnen das Handwerk gelegt werde.

**Mißbrauch der Amtsgewalt durch die Polizei.** Der Reichsberger „Vorwärts“ berichtet: Ein Mann namens A. P. hatte von einer Frau A. S. eine Wäsche mangelt gemietet und mit ihr ausgemacht, daß er das Vorkaufrecht besitze. Die Frau verkaufte nun die Wäsche, aber nicht an A. P., sondern an die Frau eines Polizisten. Es entstand begreiflicherweise ein Streit, A. P. ging zur Polizei und wurde dort

da er sich angeblich ungebührlich benahm, mit 24 Stunden Arrest bestraft. Dieser Tage erschienen nun bei A. B. vier Polizisten und nahmen ihn einfach die Mängel wegen Angekl. waren die Polizisten von der Gemeinde als Assistenten gerufen worden. Die Polizei macht sich also Funktionen des Bezirksgerichtes an. Die Polizei kann doch unmöglich vor gerichtlicher Ausfertigung einer Anklage das „corpus delicti“ beschlagnahmen und dieses noch dazu nicht dem Gerichte, sondern der anderen Streitspartei übergeben. Bei der Staatsanwaltschaft ist bereits eine Anzeige gegen die Polizei wegen Mißbrauchs der Amtsgewalt übergeben worden.

**„Erziehung und Sozialismus“.** Ueber dieses Thema sprach Genosse Fachlehrer Hoffmann-Tannwald in einer Reihe von Versammlungen in Nordmähren. Sie fanden statt am 12. in Bergstadt, am 18. vormittags in Römertstadt, nachmittags in Friedland a. d. Mohra, abends in Braunseifen; am 19. in Bärn, am 20. in Stadt Liebau, am 21. in Sternberg, am 22. in Domschadl. Der Besuch in den meisten Versammlungen war sehr gut; die Genossen und Genossinnen folgten den Darlegungen des Redners mit größter Aufmerksamkeit. Genosse Hoffmann zeigte den Zusammenhang zwischen der wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung, besprach das Erziehungsziel der Merkmalen und der Bürgerlichen und entwarf in großen Zügen das sozialistische Schul- und Erziehungsprogramm. In einigen Versammlungen, so vor allem in Bergstadt, Römertstadt und Sternberg schloß sich an den Vortrag eine lebhafteste Aussprache an.

**„Schlimmer als Rotgardisten“.** Der Religionskrieg in Bayern, der durch die zweideutige Politik Kahr's entfacht wurde, nimmt seinen Fortgang. Der weit rechts stehende Münchener Erzbischof und Kardinal Faulhaber, der von Nationalsozialisten beschimpft und beleidigt wurde, hat den Fehdehandschuh aufgenommen. Bei einer Kircheneinweihung erklärte er von der Kanzel herab:

„In den letzten Wochen sind auf Euren Bischof Beleidigungen und Verleumdungen geworfen worden. Noch niemals ist eine solche Lügenlüge dagewesen. In der Zeit der Kätereypublik bin ich oft mehrmals am Tage an Rotgardisten vorbeigegangen, dabei aber niemals in solcher Art angepöbelt worden wie zuletzt auf meinen Wegen. Die Studenten haben vom Heiligen Vater Lebensmittel bekommen und genommen und heute gehen sie zwecks Sammlungen in die katholischen Pfarrdörfer hinaus. Daß dabei zu gleicher Zeit in der Umverfälscht eine heftige Sprache geführt wird gegen den Papst, das wird Schmach und Schande bleiben für alle Zeiten.“

Die Kanzel ist bekanntlich keine politische Tribüne. Aber man kann es, so schreibt der Berliner „Vorwärts“, dem streitbaren Erzbischof, der bisher der „nationalen“ Bewegung jede Unterstützung zuteil werden ließ, nachfühlen, wenn ihm die nationalsozialistischen „Dolchstöße“ in Form verfahren. Uebrigens soll es in Bayern in letzter Zeit öfters vorgekommen sein, daß sogenannte „nationale“ Protestantenpfarrer von der Kanzel herab über die „Ultramontanen“ herzogten. Während man bisher gemeinsam von der Kanzel gegen den „Marxismus“ wetterte, beschimpft man sich jetzt gegenseitig. Herr Kahr sorgt also nicht nur für „billige“ Bierpreise, sondern auch für Abwechslung in der Kirche.

**Russisches Familienrecht.** Der vor kurzer Zeit zum Abschluß gebrachte Entwurf eines russischen Familienrechtes enthält außer den von Westeuropa übernommenen Bestimmungen über die Stellung der ehelichen und unehelichen Kinder usw. folgende besondere Einzelheiten: Im Falle einer ungelärten Vaterschaft werden zum Unter-

Verleugnungen der Vaterschaft soll wie falsche halt der Mutter und des Kindes alle betreffenden Männer herangezogen; bewahrt wahrheitswidrige Verleugnung der Vaterschaft soll wie falsche Zeugenaussage bestraft werden. Falls die Eltern Bürger verschiedener Staaten sind, bestimmt sich die Staatsangehörigkeit des Kindes nach elterlicher Vereinbarung; mangels solcher erwirbt das Kind sowjetrussische Staatsangehörigkeit. Vor ihrer Mündigkeit streben die Kinder außerhalb jeder Religionsgemeinschaft. Alle das Kind betreffenden Maßnahmen müssen von den Eltern gemeinsam beschloffen werden.

**Das umgetaufte Christiania.** Im Jahre 1925 wird Christiania, die Hauptstadt Norwegens, den alten Namen Oslo wieder annehmen. Oslo, das um 1050 gegründet und früh der Sitz eines Bischofs wurde, war seit 1397 die eigentliche Hauptstadt Norwegens, ohne indessen zu großer Bedeutung zu gelangen, da die Stadt in wirtschaftlicher Hinsicht lange von der deutschen Hanse beherrscht wurde. Erst seit dem Anfang des 16. Jahrhunderts begann sich auch der Handel der Bürger von Oslo etwas zu heben, doch wirkte dem Aufblühen des Wohlstandes die verheerende Feuersbrunst entgegen, die 1624 die alte Stadt völlig vernichtete. König Christian IV. gründete infolgedessen auf der anderen Seite des Fjords das nach ihm benannte Christiania, das sich 1716 auch kurze Zeit in den Händen Karls XII. befand. Die Norweger legen Wert darauf, die Stadt ihren alten Namen wiederzugeben, um auch die letzte Spur der dänischen Herrschaft zu verwischen. — Glückliches Land, das keine anderen Sorgen hat!

**Tragisches Ende einer Pragerin.** Bei Capodistria, in der Nähe von Triest, hat sich ein merkwürdig tragisches Fall zugetragen. Vittorio Stacovaz, ein junger Mann aus Pola, verliebte sich in ein junges Mädchen und verlobte sich mit ihm. Um seiner Braut zu imponieren, erzählte er ihr unter dem Siegel strengster Verschwiegenheit, er sei der in ganz Istrien so sehr gefürchtete und seit langem geflüchtete Bandit Collaria, der allen Nachforschungen der Polizei bisher stets zu entgehen wußte. Das Mädchen konnte aber nicht schweigen, und bald wußten ihre Angehörigen das Geheimnis und meldeten es in ihrer Aufregung den Gendarmen. Als nun Stacovaz dieser Tage wieder zum Besuche seiner Braut kam, wurde das Haus vorsichtig umstellt, und als er gegen Abend heraustrat, wurde der harmlose Großsprecher als der vermeintliche und gefürchtete Raubmörder nach kurzem Anrufe von den Augen der Karabinieri niedergestreckt.

**Ein Bahnsünder im Expresszug.** Aus Bukarest wird berichtet: Eine aufstrebende Bierstunde erlebte dieser Tage die Insassen des Speisewagens des Orient-Expresszuges. Raum verließ der Zug Buzarets, erschien ein Bedienter der Schlafwagen-Gesellschaft im dickgefüllten Speisewagen und bedrohte mit erhobenen Revolver die Anwesenden mit Erschießen. Es entstand eine fürchterliche Panik. Bald bemerkte man aber, daß der Mann plötzlich irrsinnig geworden war. Er wurde mit List so lange hingehalten, bis der Zug die nächste Station erreichte, wo der Bahnsünder von der Militärwache überwältigt werden konnte.

**Sechs Personen beim Schlittschuhlaufen ertranken.** Wolf meldet aus Stolberg (Rheinland) vom 28. d. M.: Auf dem Glashüttenweiher vergnügten sich gestern abends mehrere Hundert Personen mit Schlittschuhlaufen. Plötzlich brachen 15 Personen ein. Die meisten konnten sich retten; sechs Personen, und zwar vier junge Männer und zwei Mädchen im Alter von 18 bis 20 Jahren ertranken.

**Wahnsinn bei der Desolierung.** Der Wiener Polizeibericht meldet: Der 44 Jahre alte Emmerich Föderler hat in Gericht ein gutgehendes Geschäft. Im selben Hause wohnte die Private S., die eine aus zwei Zimmern bestehende Wohnung

innehatte. Als Frau S. im heurigen Sommer erkrankte, kaufte er von ihr die Wohnung samt Einrichtung, und als dann die Frau am 27. Juli starb, ist Föderler samt seiner Familie, ohne sich die Wohnung vom Wohnungsamt zu weichen zu lassen, eigenmächtig in die gekaufte Wohnung übersiedelt und hat aus diesem Wohnraum ein Extrazimmer machen lassen. Als alle amtlichen Aufforderungen ergebnislos blieben, wurde vom Wohnungsamt die „Innungsbefehlsgewalt“ angeordnet. Während die Kommission die Inventur schriftlich aufnahm, zog Föderler aus seiner Modische eine Browningpistole und gab in roher Aufeinanderfolge im Zimmer drei Schüsse und durch das Vorzimmer einen Schuß auf die bedrohlichen Organe ab. Zum Glück fehlten alle vier Kugeln ihr Ziel. Es hatten sich zwei Personen, ihrem Instinkt folgend, rasch zu Boden geworfen, und Föderler, augenscheinlich in der Meinung, er habe zwei Amtspersonen erschossen, richtete blitzschnell die Pistole gegen die eigene Brust. Er war auf der Stelle tot.

**Das verräterische Rezept.** In Lins wurden in der letzten Zeit zahlreiche Kasseneinbrüche begangen, und nach der Art der Ausführung war zu schließen, daß die Täter in ihrem verbrecherischen Handwerk wohlvertraute Kassenschränke waren. So wurde je ein großer Kasseneinbruch bei der Oberösterreichischen Handels- und Gewerbebank in Linz und bei der Linzer Expeditionskompanie verübt. Der letzte Einbruch wurde in einer Wechselkassette in Linz begangen, bei dem die Täter mit großer Geschicklichkeit die schwere Kasse erbrachen und ausraubten. Hier fand man auf dem Tatorte ein ärztliches Rezept, und durch dieses ist es gelungen, festzustellen, daß einer der Täter ein gefährlicher Einbrecher namens Schwingerschuh ist. Dieses ärztliche Rezept war nämlich in Wien auf den Namen Schwingerschuh ausgestellt, der als Einbrecher bekannt ist. Die Wiener Polizei wurde von dieser Feststellung in Kenntnis gesetzt, und die weiteren Erhebungen ergaben, daß die unter der Leitung des Wiener Einbrechers stehende Bande, die das Feld ihrer Tätigkeit in der letzten Zeit augenscheinlich nach Linz verlegt hatte, aus drei Männern und einer Frauensperson besteht. Ihre Ausforschung wurde eingeleitet.

**Mitteleuropas größte Talsperre.** Zwischen Preßnitz und Naum wird das Tal der Thaya durch Talsperren in das größte Stauwerk Mitteleuropas verwandelt. Diese Talsperre wird eine Wassermenge von 170 Millionen Kubikmeter aufspeichern, wobei sich ein See von 20 Kilometer Länge bilden wird. Zur Deckung der ersten Kosten hat der mährische Landesausschuß einen Betrag von 30 Millionen Kronen bewilligt. Der erste Spatenstich wurde bei Fraun gemacht. Das an dieser Sperrmauer projektierte Elektrizitätswerk wird 25 Millionen Kilowattstunden liefern. Die Gemeinde Böttau muß verlegt werden. Zwischen Fraun und Hardegg werden zwei moderne Wehre angelegt, deren Leistung zwölf Millionen Kilowattstunden betragen wird. Die Gesamtkosten des Riesentwerkes sind auf 110 Millionen Kronen veranschlagt worden. Während die bisher größte Talsperre Mitteleuropas, die Robertstalsperre in Deutschland, einen Fassungsvermögen von 50 Millionen Kubikmetern hat, wird die Talsperre an der Thaya einen solchen von 150 Millionen Kubikmetern aufweisen.

**Die Identität des Mörders Daskalows.** Das tschechoslowakische Preßbureau meldet aus Belgrad: Die Polizei und das Ministerium des Innern haben festgestellt, daß der Mörder Daskalows Atanas Tschischentow heißt. Er stammt aus Jitry, wo seine Eltern leben. Eine in Jitry angefertigte Photographie Tschischentows stimmt mit der Prager überein. Tschischentow ist vor zwei Jahren nach Bulgarien gegangen. Die Volksschule absolvierte er in Kotschani und Jitry, das Gymnasium in Saloniki und in Bulgarien. Die Blätter melden, daß die jugoslawische Regierung um seine Auslieferung ansuchen wird.

**Die Bahnhofskassen bleiben den ganzen Tag über geöffnet.** Der Staatsbahndirektor hat beschlossen, die Bahnhofskassen in großen Städten den ganzen Tag über offen zu halten, um dem Andrang des Publikums vor Abgang der Züge zu steuern. In kleinen Stationen sind die Kassen sofort zu öffnen, wie das reisende Publikum beim Schalter rückt. Die Staatsbahndirektion ersucht jedoch gleichzeitig die Reisenden, durch ein rechtzeitiges Erscheinen bei den Kassen den Dienst der Kassiere zu erleichtern.

**Prager Chronik.**

**Aus dem Polizeibericht.**

In der Fabrik Popper in Lilow wurde gestern die 18jährige Arbeiterin Vera Horadek beim Papier schneiden von der Maschine erfaßt, wobei ihr zwei Finger der rechten Hand abgetrennt wurden. — In den Prager Hotels fand gestern eine Revision statt, die die Preise aller Zimmer feststellte und darüber dem Prager Magistrat Bericht erstattete.

**Volkswirtschaft und Sozialpolitik.**

**Ein „Betriebsrätekongreß“ im Bergbau.**

Die kommunistischen Blätter machen Aufhebens von einem sogenannten Bergarbeiterbetriebsrätekongreß, der Sonntag in Klado stattgefunden hat. Durch die große Aufmachung suchen die Kommunisten das vollständige Glaslo zu verdecken, das dieser Kongreß erlitten hat. Angeblich haben 200 Delegierte an dem Kongreß teilgenommen. Die kommunistischen Blätter aber schreiben nicht, daß 60 bis 70 dieser Delegierten weder Betriebsräte noch deren Erfahrmänner waren und daß in Klado allein 100 Betriebsräte vorhanden sind, mit deren Anwesenheit gerechnet werden mußte, so daß aus den anderen Revieren höchstens 30 bis 40 Betriebsräte gekommen waren, was im Verhältnis zur Gesamtzahl von 1800 Betriebsräten im Bergbau der ganzen Republik eine verschwindende Anzahl ist. Es war kein Revierart außer dem Kladoer, der die Konferenz einberufen hat, vertreten und keine Gewerkschaftsorganisation außer dem kommunistischen sogenannten allgewerkschaftlichen Verband. Welche Aufgabe dieser sogenannte Betriebsrätekongreß in Wirklichkeit gehabt hat, geht aus einem Brief des Internationalen allgewerkschaftlichen Verbandes an das Kreissekretariat der kommunistischen Partei in Karlsbad, der in der letzten Nummer des „Glückauf“ veröffentlicht ist, hervor und wo dem sogenannten Betriebsrätekongreß die Aufgabe zugeteilt wird, die Frage zu lösen, ob die Kommunisten auch weiter in den bisherigen Bergarbeiterorganisationen verbleiben sollen. Daraus ist zu ersehen, daß dieser „Betriebsrätekongreß“ nichts anderes als eine kommunistische Parteizusammenkunft war. Die Konferenz wurde auch auf Verreiben der kommunistischen Partei vom Revierart in Klado einberufen. Für die Gesamtheit der Bergarbeiter ist das Ergebnis des Kongresses völlig bedeutungslos.

**Die Arbeitslosigkeit im ersten Vierteljahr 1923.**

Das Statistische Staatsamt kommt soeben mit der Statistik des Arbeitsmarktes im ersten Vierteljahr 1923 heraus. Wir haben so oft an der tschechoslowakischen Statistik gerügt, daß sie zu spät kommt, daß wir es uns heute ersparen können. Es leuchtet jedem ein, daß die Statistik viel wertvoller wäre, wenn sie nicht um mehr als ein halbes Jahr den Tatsachen nachhinkte.

**Vater Goriot.**

Von Honoré de Balzac.

„Sie irren“, antwortete er, „Collin ist die gefährlichste ‚Sorbonne‘ unter den Dieben. Das ist alles. Die Spigbuben wissen es; er ist ihre Flagge, ihre Stütze, ihr Bonaparte, sie lieben ihn alle. Dieser Kerl wird uns niemals seinen ‚Stummel‘ auf der Place de Grève hinterlassen.“  
Fräulein Michonneau verstand nicht. Gnodureau erklärte ihr die beiden Worte aus der Gaunersprache, deren er sich bedient hatte. „Sorbonne“ und „Stummel“ sind zwei energische Ausdrücke in der Sprache der Gauner; sie haben als erste die Notwendigkeit empfunden, den Kopf des Menschen unter zwei verschiedenen Gesichtspunkten zu betrachten. Die ‚Sorbonne‘ ist der Kopf des lebenden Menschen, der Sitz seiner Gedanken, sein Berater. „Stummel“ ist ein Ausdruck der Verachtung, der besagen soll, wie wenig der Kopf gilt, wenn er vom Rumpf getrennt ist.“  
„Collin macht sich über uns lustig“, fuhr er fort. „Wenn wir mit so stahlharten Menschen zu tun haben, so haben wir die Möglichkeit, sie zu töten, wenn sie bei der Verhaftung den geringsten Widerstand leisten. Wir hoffen morgen auf ein derartiges Ereignis. Auf diese Weise vermeidet man den Prozeß, die Kosten für den Unterhalt des Sträflings und befreit die menschliche Gesellschaft von einem Schädling. Die notwendigen Prozeduren, die Zugenvernehmungen, ihre Entschädigungen, die Hinrichtung, alles was nötig ist, um diese Kerle auf legalen Wege loszuwerden, geht weit über den Betrag hinaus, den Sie bekommen werden. Man spart Zeit. Wenn Tob-Überwinder einen ordentlichen Stich mit dem Bajonett in seinen Wanst kriegt, so verhindern wir hunderte von Verbrechen und ver-

meiden die Bestechung von fünfzig nichtsnutigen Kerlen, die in der Nähe des Untersuchungsgefängnisses herumlungern werden. Das ist nützlich angewandte Polizeitätigkeit. So vorgehen heißt nach Ansicht wahrer Philantropen, Verbrechen vorbeugen.“  
„Das heißt seinem Lande dienen“, sagte Poiret.  
„Aber Sie sagen heute Dinge, die Sinn und Verstand haben“, antwortete der Polizeichef. „Ja gewiß, wir dienen dem Lande. Darum ist die Welt in bezug auf uns sehr ungerecht. Wir erweisen der Gesellschaft große Dienste, die im Dunkel bleiben. Nun, es entspricht der Art überlegener Menschen, sich über Vorurteile hinwegzusetzen, und es ist Christenpflicht, das Unglück auf sich zu nehmen, das das Gute im Gefolge hat, wenn es sich nicht in den hergebrachten Bahnen bewegt. Paris bleibt immer Paris, nicht wahr? Dieses Wort erklärt mein Leben. Ich habe die Ehre, mich Ihnen zu empfehlen, mein Fräulein. Morgen bin ich mit meinen Leuten im Jardin-du-Roi. Schiden Sie Christoph Aue de Buffon zu Herrn Condureau, falls etwas Unerwartetes sich zutragen sollte. Mein Herr, Ihr ergebenster Diener. Wenn Sie jemals befohlen werden sollten, so wenden Sie sich nur an mich, um Ihr Eigentum wiederzubekommen, ich stehe zu Ihren Diensten.“  
„Sehen Sie“, sagte Poiret zu Fräulein Michonneau, „es gibt Narren, die das Wort Polizei von oberst zu unterst lehren. Dieser Herr ist sehr lebenswürdig, und was er von uns verlangt, ist einfach wie der Tag.“  
Der nächste Tag sollte in der Geschichte des Hauses Vaquer von außerordentlicher Bedeutung sein. Bisher war die meteorische Erscheinung der falschen Gräfin Ambermesnil das aufregendste Ereignis gewesen, das sich in diesem friedlichen Sein abgespielt hatte. Aber vor den

überraschenden Ereignissen dieses großen Tages, der aus Frau Vaquers Unterhaltung nicht mehr verschwinden sollte, verblähte alles. Goriot und Eugen von Rastignac schliefen bis um elf Uhr. Frau Vaquer, die sich bis um Mitternacht amüsiert hatte, blieb bis um halb elf im Bett. Der lange Salsol Christophs, der den Rest von Bautreins Wein ausgetrunken hatte, trug auch dazu bei, daß der Tag in der Pension spät begann. Poiret und die Michonneau beflagten sich über die Verzögerung des Frühstückes nicht. Victorine und Frau Couture schliefen auch lange. Bautrin ging vor acht Uhr aus dem Hause und kam im Augenblick wieder, als der Kaffee gebracht wurde. Niemand beflagte sich, als Sylvia und Christoph gegen viertelzwölf Uhr von Tür zu Tür mit der Meldung gingen, der Kaffee stünde auf dem Tisch. Als die Köchin und Christoph das Zimmer verlassen hatten, goß die Michonneau, die als erste im Speisezimmer erschienen war, die Flüssigkeit in das Bautrein gehörige silberne Kännchen, das die Zahne für seinen Kaffee enthielt und friedlich unter allen anderen im heißen Wasserbad stand. Auf diese Eigenheit des Kaffees hatte die alte Jungfer gerechnet, um ihren Plan auszuführen. Es war nicht ganz leicht, die sieben Pensionäre zusammenzutrommeln. Im Augenblick, da Eugen als letzter, sich dehnend, die Treppe herunterkam, übergab ihm ein Bote einen Brief von Frau von Nucingen. Dieser Brief lautete folgendermaßen:  
„Ihnen gegenüber, lieber Freund, kenne ich weder Horn noch getränkte Citelleit. Ich habe Sie bis um zwei Uhr nachts erwartet. Niemand, den man liebt, vergebens erwarten! Wer diese Maxter je erlitten hat, auferlegt sie niemand mehr. Ich weiß, daß Sie zum erstenmal lieben. Das ist geschehen? Ich bin voller Sorge. Wenn ich nicht fürchten würde, die Geheimnisse meines Herzens zu verraten, so wäre ich selbst gekommen,

um zu sehen, was Ihnen Gutes oder Schlimmes widerfahren ist. Aber um diese Stunde aus dem Hause gehen, zu Fuß oder im Wagen, hieße nicht in sein Verderben rennen? Ich habe das Unglück empfunden, eine Frau zu sein. Verzeihen Sie mich, erklären Sie mir, warum Sie nicht gekommen sind, trotz der Mitteilungen meines Vaters. Ich werde böse sein, aber nicht unverföhlich. Sind Sie krank? Warum wohnen Sie so furchtbar weit weg? Ein Wort, haben Sie Mitleid! Auf sehr bald, nicht wahr? Ein Wort genügt, wenn Sie verhindert sind. Schreiben Sie mir: ich komme oder ich leide. Aber wenn Sie krank wären, so hätte mein Vater es mir gemeldet. Was ist geschehen?“  
„Ja, was ist geschehen?“ rief Eugen, der ins Speisezimmer stürzte und den Brief in den Fingern zerknüllte, ohne ihn zu Ende zu lesen. „Wie spät ist es?“  
„Dhalb zwölf“, sagte Bautrin und tat Zucker in seinen Kaffee.  
Der entwichene Sträfling warf Eugen einen kühlen, faszinierenden Blick zu; Menschen, die eine ungewöhnliche magnetische Kraft haben, können selbst Tobsüchtige auf diese Weise beruhigen. Eugen zitterte an allen Gliedern. Ein Wagen hielt vor dem Hause. Ein Diener in der Livree von Herrn Taillefer, was Frau Couture sofort erkannte, kam mit verstärktem Gesicht ins Zimmer.  
„Gnädiges Fräulein“, rief er, „Ihr Herr Vater verlangt nach Ihnen. Ein furchtbares Unglück ist geschehen. Herr Frédéric hat ein Duell, er hat eine Stirnwunde bekommen, die Kerzte geben ihn auf; Sie werden kaum noch von ihm Abschied nehmen können, da er nicht mehr bei Bewußtsein ist.“  
(Fortsetzung folgt.)

Die Besserung der Konjunktur machte sich auf dem Arbeitsmarkt im Feber dieses Jahres bemerkbar. Ende Jänner hatten wir die größte Zahl von Arbeitslosen aufzuweisen: 441.075. Hierbei ist bemerkenswert, daß die Arbeitslosigkeit in der Industrie und im Gewerbe bereits Ende Dezember mit der Zahl von 416.307 Arbeitslose den Höhepunkt erreicht hat und daß diese Zahl Ende Jänner auf 415.069 gesunken ist, obwohl die Arbeitslosigkeit im ganzen in dieser Zeit stieg. Die Zahl der Arbeitslosen, die Ende Jänner 441.075 betrug, sank Ende Feber auf 415.222 und Ende März auf 310.683 und Ende Mai auf 273.284. Von der gesamten Arbeitslosigkeit entfielen Ende März von den bedeutendsten Industriezweigen auf die Textilindustrie 86.110, auf die Metallindustrie 35.072, auf die Glasindustrie 18.729 und auf das Baugewerbe 24.073. Die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den Erwerbstätigen betrug in Prozenten im Jänner 15,75 und sank bis Mai auf 9,77. Die Anzahl der Arbeitslosen im Verhältnis zu den in Industrie und Gewerbe Tätigen sank vom Jänner bis Mai von 21,70 auf 13,29 Prozent.

**Erhöhung des Zinsfußes durch das Bankamt.** Das Bankamt des Finanzministeriums hat den Zinsfuß um ein Prozent erhöht. Als Grund für diese Maßnahmen werden die starken Kreditansprüche, die in den letzten Tagen an das Bankamt als Folge der Herbstkampagne gestellt wurden, angegeben. Obwohl in der amtlichen Mitteilung davon gesprochen wird, daß die Erhöhung nur vorübergehend sei und kurz nach Neujahr die Möglichkeit geboten sein wird, mit dem Zinsfuß wieder herunterzugehen, ist die Maßnahme des Bankamtes dennoch zu beklagen. Die höheren Zinsen, welche die Industriellen für die Kredite dem Finanzkapital abführen müssen, — denn die Erhöhung des Zinsfußes durch das Bankamt zieht die Erhöhung des Zinsfußes der Banken nach sich — erhöhen die Produktionskosten der Industrie und verteuern die Preise der Waren. Zu der Verbilligungssaktion, die die Regierung jede Woche mindestens einmal verspricht, steht die Maßnahme des Bankamtes in schreiendem Widerspruch.

**Teuerung und Staatswirtschaft.** Die Teuerung und ihre Ursachen erörterte in der Sitzung des Ernährungsausschusses vom 28. November 1923 Abgeordneter Genosse Fischer und führte unter anderem aus: Die Ergebnisse der Staatswirtschaft betragen nach dem vorgelegten Budget im kommenden Jahre 1243 Kronen per Kopf der Bevölkerung, also einen ungemein hohen Teil des Gesamteinkommens der Bevölkerung überhaupt und es ist von entscheidendem Einflusse auf die Teuerung im Inlande, welcher Teil dieser gewaltigen Summe in der Wirtschaft für unproduktive Zwecke verwendet wird. Die indirekten Steuern, nicht inbegriffen der Ertrag der Monopole, betragen 520 K per Kopf und belasten wichtige Konsumartikel wie Zucker, Fleisch usw. ungeheuerlich. Eine Erhöhung der Umsatzsteuer von ein auf zwei Prozent, wie sie jetzt geplant ist, würde bei drei- bis fünfmaliger Entrichtung dieser Steuer, bevor die Ware an den Endverbraucher kommt, eine doppelt so große Teuerung herbeiführen, als sie laut dem statistischen Ausweisen des Staatsamtes in den Monaten September und Oktober l. J. eingetreten ist. Genosse Fischer beschäftigt sich sodann mit dem Zollproblem und mit den Ausführungen des Handelsministers und formuliert die Stellung unserer Partei in dem Satze: Abbau und allmähliche Beseitigung der Industriehölle, die umso notwendiger wird, je mehr die Tschechoslowakei Exportstaat wird, keine Agrarhölle. Bei der Kontrolle der Preise zum Zwecke der Hintanhaltung der Teuerung haben die unteren Behörden vollständig versagt. Es wäre sou' unmöglich, daß das Fleisch 14 bis 16 Kronen kostet, während der Preis für Schlachtvieh 5 bis 8 Kronen per 1 Kilogramm beträgt. Die Fleischpreise in den deutsch böhmischen Industriegebieten sind um 3 bis 6 Kronen per 1 Kilo höher als in Prag. Hier fehlt jede Preisprüfung seitens der Behörden, ebenso bei der Milch, die immer noch 2,60 Kronen bis 3 Kronen per 1 Liter kostet, so wie vor zwei Jahren, obwohl der Preis für Deu um fast zwei Drittel seither billiger geworden ist. Wenn der Staat die Teuerung in der Privatwirtschaft bekämpfen will, müßte er beispielgebend vorgehen. Die staatlichen Salzbergwerke und Montanbetriebe aber arbeiten mit Gewinnen von 20 Prozent, an den Gewinnen der Spiritusgesellschaft ist der Staat mit 280 Millionen Kronen beteiligt; aus der Verlehrssteuer zieht er K 341.000.000 im Jahre. Hier muß Wandel geschaffen werden, hier liegt eine der Hauptursachen der Teuerung. Den verteuerten Aufschubhandel und die Spekulation würde die Regierung am besten bekämpfen durch die Förderung des Genossenschaftswesens. Eine großzügige Verbindung zu schaffen zwischen den Konsumentenorganisationen und den landwirtschaftlichen Genossenschaften ist eine der notwendigsten Voraussetzungen für eine dauernde Bekämpfung der Teuerung. Zur Wahrung des Schutzes der Konsumenteninteressen verlangen wir, daß Konsumentenkammern geschaffen werden, mit einem Wirkungsbereich ähnlich dem der Handelskammern. Handel und Industrie haben ihre Handelskammern, die Landwirtschaft ihre Landeskulturräte; nur die Verbraucher-Interessen entbehren des Schutzes, welchen sie am notwendigsten brauchen. Der Herr Minister hat ein energisches und systematisches Vorgehen gegen die Teuerung angekündigt; wir zeigen ihm den Weg, er mag ihn gehen, bevor die Not und die Ungebuld der Menschen eine noch größere wird.

**Erhöhung der Zölle auf Textilien in Jugoslawien.** Wie die „Tribuna“ erfährt, beabsichtigt Jugoslawien die Zölle auf Textilien zu erhöhen. Diese Maßnahme würde eine schwere Schädigung der tschechoslowakischen Industrie bedeuten und es wäre die Pflicht der Regierung durch Konzessionen (Herabsetzung der Zölle auf jugoslawische Waren) dies zu verhindern.

**Große Lohnkämpfe in Siebenbürgen.** Wie der Czernowitzer „Vorwärts“ meldet, stehen in Rumänien in der Bergwerksindustrie sowie in der Eisen- und Holzindustrie große Lohnkämpfe bevor. An diesen Lohnkämpfen sind etwa 30.000 Arbeiter beteiligt.

**Die Bankkonzentration in der Welt.** Die Sondernummer des „Manchester Guardian Commercial“ gibt eine Uebersicht über die Fortschritte des Konzentrationsprozesses im Bankgewerbe in den verschiedenen Ländern. In England ist der Konzentrationsprozeß geradezu vollzogen. Im letzten Jahr sind die noch verbliebenen wenigen Privatbanken von den großen aufgelöst worden. Für England ist diese Entwicklung um so bemerkenswerter, weil sich die Konzentration im Bankwesen in einer sehr kurzen Zeit, erst im letzten Jahrzehnt, vollzogen hat. Im britischen Reich ist der Zusammenschluß der Kolonialbanken mit den englischen und in Indien und Südafrika auch untereinander wesentlich vorwärtsgelommen. Für Deutschland war in der letzten Zeit das wesentlichste das Eindringen des holländischen Kapitals in die deutschen Banken. In Frankreich ist neben den vier Großbanken eine fünfte, „Credit National“, entstanden. Wichtig in der Gestaltung des französischen Bankwesens ist, daß die Banken, die bisher zum großen Teil mit Emissionen sich beschäftigt haben (mit Unterbringung von Effekten unter das Publikum), sich in den letzten Jahren zu reinen Handelsbanken umgestaltet haben. Für den Außenhandel wurde ebenfalls ein großes französisches Bankinstitut ins Leben gerufen. In den Vereinigten Staaten hat die Konzentration im Bankwesen merkwürdigerweise noch nicht begonnen. Es werden erst theoretische Debatten über die Richtigkeit der Bankkonzentration geführt, trotzdem bleibt man beim alten System der Kleinbanken.

Devisenkurse.

Die tschechische Krone notiert in:

Paris	1000	16.6375
Berlin	1000	122.000.000.000
Wien	1000	2070

Prager Kurse am 29. November.

	Geld	Ware
100 holl. Gulden	1328.00	1330.00
1 Billion Mark	5.15	5.35
100 belg. Franks	158.75	161.25
100 schweiz. Frant.	606.75	609.25
1 Pfund Sterling	151.0000	152.5000
100 Lire	149.2500	150.7500
1 Dollar	46.0000	35.0000
100 franz. Franks	188.8750	188.3750
100 Dinar	39.4000	39.9000
10.000 magrat. Kronen	17.8000	19.3000
1.000.000 poln. Mark	9.25	10.75
10.000 österr. Kronen	4.6700	5.1000

Der Film.

**Amerikanische Filme.** Cowboy — Wildwestfilm, rührseliger Familienthema, Sensationsdramen mit glücklichem Ausgang — das ist die Durchschnittsware, die man landläufig mit amerikanischer Produktion identifiziert. Daß aber andererseits in Amerika künstlerisch Vollendetes erzeugt wird, beweisen die kürzlich von der Fox-Film-Corporation vorgeführten Filme. An erster Stelle seien die beiden „Lebensbilder“ — ein anderer Ausdruck für diese Werke scheint mir nicht am Platze — angeführt: „Der Dorfschmied“ und „Die verfluchte Stadt“. Zwei Alltagsbilder aus dem Leben der amerikanischen Provinz, unter Verzicht auf alle unwahrscheinlichen Komplikationen, sensationelle Spannungen, rührende Liebeszenen und was sonst zum Reizzeug eines Publikumsfilms gehört. Im „Dorfschmied“ ist die Geschichte eines Handwerkers und seiner Kinder, in der „Verfluchten Stadt“ sind die Leiden eines Weisenkinds der Rahmen für eine Folge heiterer und trauriger Szenen, die gerade in ihrer Anspruchslosigkeit durch die großartige Darstellung und die herrliche Vollendung die größte Wirkung auf die Zuschauer ausüben. In jeder Rolle glänzend besetzt und lebenswahr selbst in den kleinsten Epochenrollen dargestellt, in den köstlichen Nebenrollen sorgfältig abgestimmt, alles Theatralische und Unehliche vermeidend, sind beide Filme ein Stück Natur, ein ergreifendes und humorvolles Bild kleinbürgerlicher Beschränktheit und Bosheit und andererseits verführender Güte und Menschlichkeit. Traurige und humorvolle Momente ergänzen sich wie im wirklichen Leben, Höhepunkte wie die Schulinspektion durch die Honoratioren, die Leiden des Lehrers beim Unterricht, die Mißhandlungen des Kindes durch den Plebejer erinnern an Dickens. Nicht vergessen sei an jene prächtige Prachtstücke, so den mächtigen Gewittersturm. Daß beide Sujets miteinander und auch mit dem „Goldenen Mitternachts“ viel Ähnlichkeit haben, daß vielleicht das religiöse Moment etwas aufdringlich jutage tritt, sind Nachteile, die auf den Geschmack des amerikanischen Publikums zurückzuführen sind. Aber dem allgemein Menschlichen, der reinen Grundidee, die zum Herzen und zum sozialen Gefühl des Zuschauers spricht, wird sich niemand entziehen können. — Weiter ist erwähnenswert ein Film „Welt hinter Gittern“, der im Rahmen einer spannenden Handlung ein soziales Bild des amerikanischen Gefängnislebens wiedergibt, und ein Tendenzfilm (im guten Sinne) für eine Reform des Strafvollzuges ist. Auch hier gehen vollendete Darstellung und ethischer Gehalt Hand in Hand. — Zwei Wildwestfilme „Der unerlöste Tom“ und „Auf falscher Spur“ werden gewiß den Beifall des breiten Publikums finden.

Kunst und Willen.

**Arbeiter-Vorstellungen im Kuffiger Stadttheater.** Der Kreisbildungsausschuß der Deutschen sozialdemokratischen Arbeiterpartei veranstaltet in der laufenden Spielzeit sechs Arbeiter-Vorstellungen im Kuffiger Stadttheater. Aufgeführt werden: „Hilbello“, „Die Kreuzschreiber“, „Flebermaus“, „Die Revolutionshochzeit“, „Figaros Hochzeit“ und das Revolutionsdrama „Die Zeit wird kommen“. Außerdem finden als Veranstaltungen des Kreisbildungsausschusses Aufführungen im dortigen Volkshausaal vier Arbeiter-Kammermusik-Abende statt. All dies neben den sechs Arbeiter-Symphoniekonzerten und einer ganzen Reihe von Rezitations- und Konzertabenden! Ein Stück Bildungsbewegung, das wohl der Bewunderung wert ist.

**Spielplan des Neuen Theaters.** Heute Gastspiel Leopoldine Korstantin mit dem Ensemble des Raimundtheaters „Die Sache Matropulos“, Samstag „Der letzte Walzer“, Sonntag nachmittags Arbeiter-Vorstellung „Rignon“, abends „Madame Pompadour“.

Aus der Partei.

**Die Bezirkskonferenz Rumburg** findet Sonntag, den 9. Dezember, vormittags 8 Uhr, im Schützenhaus in Rumburg statt. Tagesordnung: Berichte, Vortrag über unsere nächsten Aufgaben, Neuwahl der Bezirksleitung, Parteitag.

**Kreis-Konferenz Bodenbach.** Die gestern unter diesem Titel veröffentlichte Notiz bezieht sich selbstverständlich auf die am 1. und 2. Dezember stattfindende Kreis-Konferenz der Jugendlichen im Kreise Bodenbach. Durch ein technisches Versehen der Druckerei wurde gestern der Oberteil dieser Notiz „Jugendbewegung“ weggelassen. Zur Vermeidung von Irrtümern stellen wir das hiermit fest.

Mitteilungen aus dem Publikum.

**OSRAM NITRA**

Schärfe und Sehgeschwindigkeit werden erhöht durch ausgiebige Beleuchtung.

OSRAM muß auf der Glasglocke stehen

1800

Herausgeber: Dr. Ludwig Czoch und Karl Czernak  
Verantwortlicher Redakteur: Dr. Emil Strauß  
Druck: Deutsche Zeitungs-Druckerei, Prag  
Für den Druck verantwortlich: C. Polak

**Wo verkehren wir?**

**Café Continental,** 1088 Prag-Graben

**Goldenes Kreuzel,** 1088 Prag-Neiazanta

**Gastwirtschaft Deutsches Vereinshaus**  
Prag, Smekch 22 (Urania). 1060

**Gastwirtschaft „Lidový dům“**  
der Genossenschaft „Ganymed“  
Täglich. Konzert. PRAG II., Hyberná 1. Nr. 1.

**Café „Nizza“**  
Kgl. Weinberge, Jungmannstraße 27.  
Unser Stammlokal.

Werbet bei jeder Gelegenheit für  
Euer Parteiblatt den  
„Sozialdemokrat“!

Das ganze Gefraße  
hat keinen  
Sinn

Das beste Pulver ist ja  
doch nur  
Dr. A. Oetker in Brünn

(Antwort auf Juni-Preisrätsel)

Man schreibe um das neuerschienene  
Gratis-Rezeptbuch T<sub>2</sub> an  
Dr. A. Oetker's Backpulverwerke  
Brünn R 43

**Die Volksbuchhandlung**  
**Ernst Sattler,**  
Karlsbad

unterhält ein reichhaltiges Lager jeder Art  
**Literatur.**

Alle nicht lagernden  
oder wo immer ange-  
kündigten Bücher und  
Zeitschriften werden  
raschest geliefert.

Ein  
**Wanderbuch**  
für das

Nicht- u. Erzgebirge,  
Zäms, Böhmische Schweiz,  
Tscheken, Iser- u. Riesengebirge,  
Waldenburger u. Glatzgebirge, Blagowest-  
gebirge u. Gneissgebirge.

Mit vielen Wanderkarten  
in Leinwand gebunden.

Preis, wenn mit Hinweis  
auf dieses Inserat  
bestellt wird  
nur 0.50 Kronen.

Bücherpreise in Listen.  
**Buchhandlung Freiheit**  
Teplic-Schönan,  
Theresienstraße 18.

Inserieren Sie im  
„Sozialdemokrat“

**3000%**

**Palma**

gegenüber der  
**Lederschle**

bietet **Palma**  
**Kautschukabsatzschle**